



Presseschau vom 18.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb von EU und Nato an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-

Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Ex-Vizekanzler Joschka Fischer: "Putin will die ganze Ukraine"**

"Entschlossenheit plus Vorsicht" lautet für Joschka Fischer die vermeintliche Formel für den Umgang mit Wladimir Putin. In einem Interview äußerte er den Verdacht, dass der russische Präsident vor allem ein Ziel verfolge: "Putin will die ganze Ukraine." ...

<https://kurz.rt.com/2vfd> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Dr. Daniele Ganser über den Krieg in der Ukraine: "Die rote Linie Moskaus wurde überschritten"**

RT DE führte mit dem Friedensforscher Daniele Ganser ein Interview zum Krieg in der Ukraine. Unter anderem sprach der Schweizer Historiker über die westliche Berichterstattung über den Konflikt und darüber, ob der russische Einmarsch einen Völkerrechtsbruch darstellt.

...

<https://kurz.rt.com/2vg1> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **New York Times bestätigt: Hunter Bidens berüchtigter Laptop ist echt**

Hunter Bidens Laptop enthielt E-Mails, Textnachrichten und Finanzdokumente von ihm, seiner Familie und ukrainischen Geschäftspartnern. Auch brisante Fotos waren darauf: Unter anderem sieht man den Sohn des US-Präsidenten mit Prostituierten oder einer Crackpfeife. Das US-Establishment behauptete damals, die Laptop-Geschichte sei russische Desinformation. ...

<https://kurz.rt.com/2vgh> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Die Blockade ukrainischer Städte durch Kiew ist Genozid**

Mit Gewalt und Einschüchterung halten die ukrainische Streitkräfte und Behörden in umkämpften Städten Zivilisten fest und verhindern deren Evakuierung. Diese Meldung des russischen Verteidigungsministeriums wird inzwischen von vielen Überlebenden bestätigt. ...

<https://kurz.rt.com/2vfm> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Söldner für Kiew verliert Illusionen: "Tonnen toter Briten, Pässe zerschnitten, alles im Arsch"**

Ein ausländischer Freiwilliger schildert in einem Video sein missglücktes Abenteuer als Glücksritter für das Kiewer Regime: Eine unmenschliche Einstellung ukrainischer Gastgeber zu den Ausländern und das russische Bombardement seines Stützpunktes gehörten dazu. Der Mann rät allen Ausländern dringend davon ab, sich als Kämpfer für Kiew zu melden. ...

<https://kurz.rt.com/2vfr> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Außenministerin Baerbock: "Bei Fragen von Krieg und Frieden kann Deutschland nicht neutral sein"**

Außenministerin Baerbock sprach auf der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie u. a. über eine "neue China-Strategie" und eine "Sicherheitsstrategie" gegenüber Russland. Die nukleare Abschreckung der NATO müsse "glaubhaft bleiben". ...

<https://kurz.rt.com/2vhw> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:50 (20:50) rusvesna.su: **Die BFU schossen am Abend zum dritten Mal eine Totschka-U auf Melitopol**

Die Rakete ist beim Anflug abgeschossen worden.

„Zelenskij's BFU-Kämpfer kümmern sich nicht um die Leute, die sie ‚ihre‘ nennen!“, sagte Wladimir Rogov, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, gegenüber Russkaja Wesna.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/tochka_u.jpeg

20:56 de.rt.com: **"Russland ist nicht Irak" – US-Militärberater zu möglicher Flugverbotszone in der Ukraine**

Für den Pentagon-Berater Doug Macgregor ist der Ukraine-Krieg schon zugunsten Russlands entschieden. Die ukrainischen Einheiten, die derzeit noch einsatzfähig sind, seien vollständig von russischen Truppen umzingelt. Macgregor hat auch eine Erklärung, warum die russische Operation in der Ukraine relativ langsam vonstatten geht.

[Douglas Macgregor](#), ein ehemaliger Berater des US-Verteidigungsministers, traf sich virtuell mit dem US-Journalisten Max Blumenthal und dem kanadischen Journalisten Aaron Maté zu einer Live-Diskussion über den Ukraine-Krieg. Macgregor ist ein pensionierter Colonel der United States Army und Militärspezialist. Im Juli 2020 nominierte der ehemalige US-Präsident Donald Trump Macgregor als Nachfolger von Richard Grenell für das Amt des Botschafters der Vereinigten Staaten in Deutschland. Er wurde aber nicht vom US-Senat bestätigt. Zum vorherrschenden Narrativ in den USA, wonach der Ukraine-Krieg militärisch bislang für Russland eine Katastrophe gewesen sei, da die Ukraine erbitterten Widerstand geleistet habe, erklärte Macgregor, die ukrainischen Einheiten, die derzeit noch einsatzfähig sind, seien vollständig von der russischen Armee umzingelt und in verschiedenen Städten und Gemeinden abgeschnitten und isoliert. Insofern "ist der Krieg im Grunde entschieden". Macgregor führte aus:

"Die Frage für die Russen war von Anfang an, wie vorgehen, ohne eine große Anzahl von Zivilisten zu töten und viel Sachschaden zu verursachen. Putin gab von Anfang an sehr strenge Befehle, um Schaden zu vermeiden."

Das Problem bei dieser Strategie bestehe darin, dass die Operation so weit verlangsamt wurde, dass dies bei den Ukrainern falsche Hoffnungen über den Verlauf des Krieges geweckt habe. Nach Macgregors Worten haben die Ukrainer diesen Krieg bereits verloren.

In Washington argumentieren einige Beamte, wenn mehr Waffen in die Ukraine geschickt werden, würde sich das Blatt zugunsten der Ukraine wenden. Nach Ansicht von Macgregor werde es aber keine solche Wende geben. Die Beamten in Washington seien ihren Geldgebern gegenüber verantwortlich. Und die Lobbyisten im US-Kongress wollten den Krieg weiter

anheizen und eskalieren, mit der Annahme, dass die Russen irgendwie schwach seien, oder dass Präsident Putin "auf einem wackeligen Thron" sitze. Das sei aber nicht wahr, glaubt Macgregor:

"Wenn wir tatsächlich in irgendeiner sinnvollen Weise gegen die russischen Truppen vor Ort in der Ost-Ukraine eingreifen würden, werden wir mit Russland in den Krieg geraten. Der Krieg wird dann sowohl horizontal als auch vertikal eskalieren, also bis hin zum möglichen Einsatz von Atomwaffen."

Atomwaffen hätten in der modernen Welt aber nur in Bezug auf ihr Potenzial zum Schutz der territorialen Integrität einen Wert, zur atomaren Abschreckung. Das bedeute, der mögliche Einsatz einer Atomwaffe in jedem anderen Kontext sei ganz destruktiv, da er schreckliche Folgen haben würde.

B-52 Bomber seien in letzter Zeit mehrfach entlang der russischen Grenze geflogen und hätten sich dem russischen Luftraum genähert. Die USA hätten ihre U-Boote nahe an die russischen Hoheitszonen herangebracht, wobei die Russen die US-Präsenz an ihrer Grenze aufgespürt und US-Jets mehrfach abgefangen hätten. Vor dem Hintergrund dieser Provokationen betonte Macgregor, dass die Gefahr eines atomaren Konfliktes weiterhin bestehe. Die Russen hätten nämlich keine Informationen, ob die US-Flugzeuge oder U-Boote Atomwaffen oder konventionelle Waffen trügen. Und gerade deswegen habe Putin seine Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt, was sehr gefährlich sei, so der Trump-Berater. Bei einem möglichen Einsatz der nicht konventionellen Waffen werde sich der Ukraine-Krieg auf Nordamerika und zwar die USA ausweiten.

Polen hat sich unlängst zur Übergabe seiner Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 an die USA bereit erklärt. Die Jets sollen am US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein stationiert werden. Berichten zufolge sollen die Maschinen anschließend der Ukraine geliefert werden, deren Piloten auf diesen Typ geschult sind. Offenbar hatten einige US-Abgeordnete Druck auf Bidens Regierung gemacht, die Übergabe von Flugzeugen von Polen an die USA zu erleichtern. Diesbezüglich soll die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi kürzlich ihren Wunsch nach der MiG-29-Lieferung aus Polen angedeutet haben, um russische Konvois in der Ukraine zurückzudrängen.

Der US-Präsident habe aber einige sehr gute Entscheidungen getroffen, erklärte Macgregor. Die Biden-Regierung, die sich verpflichtet hat, die Vereinigten Staaten von einem direkten Kampf mit den russischen Streitkräften abzuhalten, habe letzte Woche den Vorschlag zur Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ MiG-29 abgelehnt. Biden habe zudem ganz klar gesagt, "wir werden keine Bodentruppen in die Ukraine schicken" und das Leben von US-Amerikanern aufs Spiel setzen. Denn, wenn eine Flugverbotszone in der Ukraine eingerichtet und der Westen NATO-Flugzeuge in den ukrainischen Luftraum schicken würde, sei völlig klar, dass die Russen sie abschießen würden. Damit befänden wir uns dann in einem Krieg mit Russland. Und deswegen habe Biden solchen möglichen Schritten eine absolute Absage erteilt, fügte Macgregor hinzu.

Außenminister Antony Blinken, der mutmaßlich darauf drängt, dass der Westen im Ukraine-Krieg in die Offensive gehen sollte, gehe von der falschen Annahme aus, dass Russland auf die westlichen Schritte nicht reagieren würde.

Macgregor erklärt, es gebe aber auch noch rationale Abgeordnete im US-Senat, denen bewusst sei, dass Russland nicht der Irak sei: "Wir können keine Flugverbotszone in der Ukraine einrichten." Die Schlüsselfrage dabei sei, ob Biden seine "Geistesgegenwart" bewahren könne und weiterhin "Nein" zu solchen dummen Ideen sage, meint der ehemalige Berater des US-Verteidigungsministers.

Das Problem liege laut Macgregor darin, dass Spender und Lobbyisten das Sagen in Washington hätten: "Die Abgeordneten kümmern sich nicht um ihre Wähler, die sie ins Amt gewählt haben, sondern um ihre Geldgeber. Und Lobbyisten wollen den Konflikt anheizen." Nach Darstellung des US-Journalisten Blumenthal scheint es eine bestimmte Fraktion in der

Biden-Administration zu geben, die diesen Krieg eskalieren wolle. Sie sei "die wahre Kriegspartei" und im US-Außenministerium angesiedelt. Es soll interne Spannungen zwischen dem Außenministerium und dem Pentagon geben, was der Idee der Lieferung von MiG-29 zu widersprechen scheint. Zu diesem möglichen internen Streit sagte Macgregor: "Das Verteidigungsministerium wird von Menschen dominiert, die zum größten Teil keinen echten Krieg gegen einen echten Feind führen wollen, der in der Lage ist, sich zu wehren. Sie wissen, dass wir darauf nicht vorbereitet sind."

Man sollte das Thema aber nicht auf die Ebene der staatlichen Institutionen und Verwaltungen reduzieren, erklärte Macgregor. Es handele sich auch nicht um einen Konflikt Demokraten versus Republikaner. Das sei ganz irrelevant. Denn alle Parteien handelten auf Basis der Großspenden von Hitzköpfen. Und diese Spender wollten Konflikte und diese Kriegstreiber profitierten von einer Verschärfung der Eskalation, da sie sich daran bereichern könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62331749b480cc74306114bc.jpg>

21:55 de.rt.com: **Botschafter Russlands im UN-Sicherheitsrat: Mariupol verbirgt Beweise für Verbrechen der Nationalisten in Ukraine**

In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat zu den jüngsten Ereignissen im Ukraine-Krieg hat der russische Botschafter Wassili Nebensja angesichts der schwierigen Lage der Zivilbevölkerung in der von russischen Truppen eingeschlossenen Stadt Mariupol erklärt, die ukrainische Armee würde sich so an diese Stadt "klammern", weil sie viele Beweise für die Verbrechen der ukrainischen Radikale verberge. Die Bürgermeister der ukrainischen Städte würden die Medikamente, Nahrungsmittel und Kleidung weiterverkaufen, die sie von internationalen Organisationen bekämen, so Nebensja. Die Bewertungen der westlichen Staaten über die Situation in der Ukraine würden dem russischen UN-Botschafter zufolge auf Desinformationen über die russische Militäroperation basieren.

Russland widerrief die Abstimmung über die von ihm selbst vorgeschlagene humanitäre Resolution zur Ukraine-Krise am Freitag und beantragte eine dringende Sitzung des Sicherheitsrates zu den US-Biolaboren in der Ukraine, erklärte Nebensja.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6233a18ab480cc50505d6a20.jpg>

22:25 de.rt.com: **Moskau: Rund 43.000 weitere Zivilisten aus Mariupol evakuiert**

Aus der eingekreisten ukrainischen Hafenstadt Mariupol sind nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums weitere 43.000 Menschen in Sicherheit gebracht worden. Zudem seien am Donnerstag den Menschen 134 Tonnen Hilfsgüter übergeben worden, darunter Medikamente und Lebensmittel, erklärte Generalmajor Michail Misinzew am Abend in Moskau.

Russland weist immer wieder Vorwürfe der ukrainischen Seite zurück, es werde gezielt auf Zivilisten geschossen. Misinzew warf ukrainischen Nationalisten vor, die Fluchtkorridore zu blockieren und friedliche Menschen nicht durchzulassen. Ziel der ukrainischen Seite sei es, Zeit zu gewinnen, um Hilfe aus dem Westen zu erhalten. Unabhängig überprüfbar sind diese Angaben derzeit nicht.

Der russische Präsident Wladimir Putin, der den Einmarsch in die Ukraine befohlen hatte, warf den Nationalisten wiederholt vor, friedliche Bürger als Geiseln zu nehmen. Die Ukraine weist das kategorisch zurück und wirft Putin einen Angriffskrieg vor.

1:24 (23:24) rusvesna.su: **Der Leiter des Grenzschutzes der Ukraine verspricht, Kinder und alle Verwandten des russischen Militärs zu töten**

Der Leiter des staatlichen Grenzschutzes der Ukraine, Sergej Deineko, versprach, Angehörige russischer Soldaten zu töten.

„Heute Nacht haben Sie ukrainische Grenzsoldaten in der Nähe von Charkow getötet. Zynisch. Woher wisst ihr Schurken, wie man das macht? Nicht in einem fairen Kampf, nicht wie ein Mann ...

Jetzt mache ich alles, und morgen habe ich alle Informationen über diejenigen, die es getan haben: Position, Titel, Wohnort, Familienzusammensetzung, Fotos usw.

Jetzt werde ich den Rest meines Lebens der Rache widmen. Ich verspreche: Alle, die sich daran beteiligt haben, werden getötet“, schrieb er auf seiner Seite im sozialen Netzwerk.

Deineko fügte hinzu, dass „ihre Frauen, Kinder, Eltern, Brüder, Schwestern getötet werden“.

„Wir werden alle töten. Ihre gesamte Blutlinie. Lasst uns nicht einmal erwähnen, dass solche Orks einmal gelebt haben. Der Countdown hat begonnen. Warte, wir holen dich ab“, droht der Leiter des ukrainischen Grenzschutzes.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nozh2_7.jpg

4:00 (2:00) rusvesna.su: **Ich habe noch nie einen so schnellen Fortschritt in der Geschichte gesehen: Ex-NATO-Oberst über die Spezialoperation der russischen Armee**

Die Situation in der Ukraine wurde vom ehemaligen NATO-Oberst, dem französischen Militärexperten Jacques Bo, bewertet.

„Ich möchte, dass Sie auf den blau schattierten ovalen Bereich achten. Dies ist die ukrainische Armee, und sie befindet sich überhaupt nicht in der Nähe der Grenzen Russlands. Das ist die Donbass-Region, damit hat alles angefangen. Diese Armee wird umzingelt, dies ist die Phase der Entmilitarisierung – der Beseitigung der Bedrohung durch eine Invasion, die direkt über den Republiken von Donbass hängt.

Was wir wissen müssen, ist, dass die russische Strategie darin besteht, Großstädte zu meiden. Sie haben die Geschichte des Zweiten Weltkriegs studiert, Sie müssen alle großen Schlachten kennen. Russen meiden die Straßen der Stadt nicht, weil sie Widerstand fürchten, sondern weil es sinnlos und Zeitverschwendung ist. Sie gehen, wohin sie gehen können.

Wenn Sie sich die Karte ansehen, sehen wir, dass die russische Armee alle großen Städte umgeht und weiter vordringt. Sie bewegen sich sehr schnell. Ich habe noch nie einen so schnellen Fortschritt in der Geschichte gesehen.

4 Tage lang besetzten sie ein Territorium, wenn man es vergleichen kann – gleich dem Großbritanniens. Ja, wir dürfen nicht vergessen, dass die Ukraine ein großes Land ist (flächenmäßig das größte in Europa).

Darüber hinaus gibt es andere Städte, die sie umkreisen. In Charkow und Mariupol gibt es zum Beispiel Paramilitärs – sie halten die Städte, nicht die ukrainische Armee. Das sind ideologische Milizen, das sind Leute, die man wild nennen kann, weil sie Drecksäcke und gesetzlose Leute sind - das ist das Asowsche Bataillon in Mariupol.

Sie sind verantwortlich für die Massaker an Zivilisten in Mariupol im Jahr 2014, sie haben Gräueltaten im ganzen Donbass und in anderen Regionen im Südosten der Ukraine begangen. Aber niemand spricht darüber.

In Mariupol und Charkow sind nationale Bataillone wie Asow an unvorstellbaren Gräueltaten beteiligt. Die Art, die Sie sich nicht einmal vorstellen können.

Es gibt so deutliche Beweise für diese Gräueltaten, dass ich sie hier nicht zeigen würde. Sie sind echte Tiere."

6:30 (4:30) rusvesna.su: **Ein ehemaliger Oberstleutnant des SBU enthüllte die Pläne von "Azow" in Mariupol**

Die Neonazis des Asowschen Regiments und andere radikale ukrainische Formationen erwarten, in Mariupol bis zum Ende der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine und zum Abschluss des Friedens auszuhalten, sagte Wassili Prosorow, Ex -Oberstleutnant des Sicherheitsdienstes der Ukraine, in einem Interview mit RIA Novosti.

„Ich habe noch Quellen in Mariupol, aus der Zeit, als ich beim SBU gearbeitet habe. Sie

sagen, dass in den Betrieben von Asowstal, dem nach Iljitsch benannten Werk, befestigte Bereiche direkt zwischen den Anlagen eingerichtet werden. Punkte, Betonblöcke. Inzwischen dürfen die Arbeiter den Produktionszyklus nicht unterbrechen“, sagte Prosorow. Ihm zufolge hoffen die Nationalisten so, "sich hinter einem menschlichen Schutzschild zu verstecken und lange dort auszuharren - bis zu einer politischen Entscheidung". „In der Hoffnung, dass wir (DVR) die Fabriken nicht stürmen und in dieser Zeit durch Verhandlungen oder auf Druck des Westens Zugeständnisse machen. Und sie werden sich Zeit erkaufen und dadurch gerettet werden“, glaubt Prosorow.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/azov_27.jpg

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Russischer Ministerpräsident verkündet weitere Maßnahmen angesichts präzedenzloser Sanktionen**

Angesichts der präzedenzlosen antirussischen Sanktionen warnen Experten vor hohen Arbeitslosigkeitsraten, Warenmangel und dem Zusammenbruch zahlreicher Unternehmen aller Größen. Die russische Regierung versucht, die Schäden für einfache Bürger zu mildern. Auf der Tagung der russischen Regierung am Donnerstag hat der russische Ministerpräsident Michail Mischustin die weiteren Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Sanktionen auf einfache Bürger verkündet. Vor allem will sich die Regierung auf die Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen und Familien mit Kindern konzentrieren. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Preiserhöhungen scheint Priorität zu haben. In die Unterstützungsmaßnahmen für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen will die Regierung 40 Milliarden (rund 350 Millionen Euro) investieren. Der Großteil dieser Summe soll laut Mischustin dafür verwendet werden, vorübergehende Stellen für die von Entlassung bedrohten Bürger zu schaffen, sowie um bezahlte öffentliche Arbeit für diejenigen zu organisieren, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben. Außerdem will die Regierung die Umschulung der betroffenen Bürger finanzieren.

Darüber hinaus wird die Regierung Mischustin zufolge in diesem Jahr zusätzliche 14 Milliarden Rubel (über 122 Millionen Euro) zuweisen, um einen vergünstigten Zinssatz für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu subventionieren. Unternehmen, die auf Exportwaren spezialisiert sind, sollen angesichts der Sanktionen staatliche Unterstützung erhalten.

Weiter betonte der Ministerpräsident, man müsse gegen Preiserhöhungen kämpfen: "Man darf es nicht zulassen, dass die aktuellen Schwierigkeiten einfach durch Preiserhöhungen überwunden werden."

Mischustin unterstrich, die Regierung werde die Preise für lebensnotwendige Waren wie Medikamente überwachen.

Experten warnen angesichts der präzedenzlosen antirussischen Sanktionen vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise in Russland, die alle Sektoren und Industriezweige betreffen wird. Zahlreiche internationale Großunternehmen hatten wegen der russischen Militäraktion in der Ukraine und dem rapiden Wertverlust der russischen Währung ihre Tätigkeit in Russland eingestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62336b35b480cc36d23d1155.jpg>

6:15 de.rt.com: **Peking: USA und NATO halten Schlüssel zur Lösung des Ukraine-Konfliktes**

China zufolge tragen die westlichen Staaten die Hauptverantwortung für die aktuelle Krise in der Ukraine. Der Westen habe geglaubt, den Kalten Krieg gewonnen zu haben und die Welt dominieren zu können. Die NATO habe zudem die Bedenken anderer Staaten ignoriert. Peking hat erklärt, dass der Westen die Initiative zur Lösung des Ukraine-Konfliktes hat. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, erklärte am Donnerstag, dass der Schlüssel zur Lösung der Ukraine-Krise in den Händen der Vereinigten Staaten und der NATO liege. China hoffe, dass die Vereinigten Staaten in der Lage sind, wirklich auf der Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zusammen mit den meisten Entwicklungsländern der Welt zu stehen.

Der chinesische Diplomat sagte auf einer Pressekonferenz, Peking habe Friedensgespräche gefördert und Anstrengungen unternommen, um die Krise friedlich zu lösen. Die chinesische Regierung werde auch weiterhin eine konstruktive Rolle in dieser Frage spielen.

Er betonte, dass die Verursacher der Ukraine-Krise sorgfältig über ihre Rolle in der Krise nachdenken, ernsthaft die ihnen zustehende Verantwortung übernehmen und praktische Schritte unternehmen sollten, um den Konflikt zu entspannen und das Problem zu lösen, anstatt anderen die Schuld für die Eskalation zu geben.

Die Entscheidung der US-Regierung über die NATO-Osterweiterung stehe in direktem Zusammenhang mit der aktuellen Krise in der Ukraine, so Zhao.

Chinas Position in der Ukraine-Frage sei ihm zufolge fair und objektiv. Die Länder, die sich wirklich "unwohl fühlen" sollten, seien diejenigen, die glauben, den Kalten Krieg gewonnen zu haben und die Welt dominieren zu können, die die Bedenken anderer Länder ignoriert und die NATO-Erweiterung durch fünf Runden der Osterweiterung vorangetrieben hätten.

Andere chinesische Beamte hatten in den vergangenen Wochen zudem mehrmals bekräftigt, dass China die gegen Russland gerichteten Sanktionen ablehnt und sich dem Druck aus dem Westen, seine Beziehungen zu Russland einzuschränken, nicht beugen wird.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62335d8fb480cc7573255f7d.jpg>

7:00 de.rt.com: **Russische Botschaft: USA sollen Daten über Biowaffenaktivitäten in Ukraine offenlegen**

Die russische Botschaft in Washington hat die USA aufgefordert, so schnell wie möglich Informationen über militärische und biologische Aktivitäten in Labors in der Ukraine ans Licht zu bringen. Das russische Militär soll beim Einsatz in der Ukraine Beweise für die Herstellung von biologischen Waffenkomponenten unter direkter Beteiligung des Pentagons erhalten haben:

"Die Finanzierung von militärischen Bioprojekten durch die USA auf ukrainischem Territorium ist dokumentiert. Die gesamte Finanzierung belief sich auf 32 Millionen US-Dollar."

Die Botschaft betonte, dass der Russischen Föderation zuverlässig bekannt sei, dass radikale ukrainische Gruppen unter der Kontrolle von Vertretern von US-Sonderdiensten mehrere mögliche Szenarien für den Einsatz giftiger Chemikalien zur Durchführung von Provokationen gegen Zivilisten vorbereitet hätten. Diplomaten erklärten, dass das Ziel solcher Aktionen darin bestehe, Russland des Einsatzes chemischer Waffen in der Ukraine zu beschuldigen. Weiter hieß es:

"Angesichts der Tatsache, dass die USA ihre nationalen Bestände an chemischen Kampfstoffen noch nicht vernichtet haben, können solche Informationen nur Anlass zu ernster Sorge sein."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623419d448fbef295c6008ac.jpg>

wpered.su: **Wenn die nazistische Fäulnis in den Staatsorganen der Ukraine bleiben wird,**

so werden alle Gespräche über die Sicherheit von Donezk und Lugansk nur Gespräche bleiben – Dmitrij Nowikow

Am 16. März nahm der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für internationale Angelegenheiten D.G. Nowikow an der Sendung „Die Zeit wird es zeigen“ teil. In der Sendung des Ersten Kanals wurden humanitäre, informationspsychologische und diplomatische Aspekte der Spezialoperation in der Ukraine erörtert, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Nowikow ist folgender Auffassung: „Wenn die nazistische Fäulnis in den Staatsorganen, der Armee und in anderen Bereichen des Lebens des Ukraine bleiben wird, so werden alle Gespräche über die russische Sprache, über die Sicherheit von Donezk und Lugansk, über ein Ende des ideologischen Terrors gegen das ganze Volk der Ukraine auch nur Gespräche bleiben. Die gesetzten Aufgaben werden in diesem Fall nicht verwirklicht werden“.

8:06 de.rt.com: Roskosmos-Chef Rogosin erinnert an Bidens Vorschlag, Belgrad zu bombardieren

Der Chef von Roskosmos Dmitri Rogosin hat ein Video von Bidens Rede über die Bombardierung Belgrads veröffentlicht, nachdem dieser den russischen Präsidenten als Kriegsverbrecher bezeichnet hatte. Der Kreml befand die Äußerungen des heutigen US-Präsidenten inakzeptabel.

US-Präsident Joe Biden habe im Jahr 1999 die Bombardierung Belgrads vorgeschlagen. Daran erinnerte der Chef der russischen Weltraumorganisation Roskosmos Dmitri Rogosin. Er veröffentlichte ein [Video der archivierten Rede](#) des US-amerikanischen Regierungschefs, in der dieser über seinen Vorschlag spricht. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb Rogosin: "Sollte Biden daran erinnert werden, wer der Kriegsverbrecher ist? Am Rande seines Grabes muss dieser blutige alte Mann an seine Gräueltaten denken, an die Tausende von Zivilisten, die er getötet hat."

Auf einer Sitzung des US-Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Jahr 1998, ein Jahr vor den Bombenanschlägen in Belgrad, sagte Biden:

"Ich war es, der vorgeschlagen hatte, Belgrad zu bombardieren. Ich war es, der vorgeschlagen hatte, US-amerikanische Piloten zu schicken und alle Donaubrücken zu sprengen. Ich war es, der vorgeschlagen hatte, ihnen alle Treibstoffvorräte zu entziehen. Ich war es, der dies alles vorgeschlagen hatte."

Zuvor hatte eine Journalistin Biden gefragt, ob er bereit sei, "nach allem, was wir gesehen haben", den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen "Kriegsverbrecher" zu nennen, was er zunächst verneinte. Nach einer Weile hakte das US-amerikanische Staatsoberhaupt jedoch bei der Journalistin nach und sagte dann:

"Er ist ein Kriegsverbrecher."

Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten, bezeichnete Bidens Worte als inakzeptabel.

Im Jahr 1999 hatte die NATO die Operation Allied Force in Jugoslawien durchgeführt, in deren Rahmen das Land vom 24. März bis zum 10. Juni bombardiert wurde. Auslöser der internationalen Intervention war der ethnische Konflikt zwischen Albanern und Serben im Kosovo. Die Operation wurde ohne Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat durchgeführt. Insgesamt wurden mehrere Tausend Angriffe mit Bombern und Marschflugkörpern durchgeführt.

Während der Operation in Jugoslawien flogen die NATO-Flugzeuge in 78 Tagen 35.219 Einsätze und warfen mehr als 23.000 Bomben und Raketen ab. Dazu gehörten 218 seegestützte Marschflugkörper auf 66 Ziele durch die US-Amerikaner und 60 luftgestützte Marschflugkörper durch die Briten. Infolgedessen trennte sich das Kosovo von Belgrad, sodass nur noch Serbien und Montenegro übrig blieben und der jugoslawische Staat zu existieren aufhörte. Nach Angaben der Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien starben bei

dem Bombardement insgesamt mehr als 1.700 Zivilisten, darunter fast 400 Kinder, und rund 10.000 wurden schwer verletzt.

Zum Zeitpunkt der Operation war der Demokrat Bill Clinton Präsident der Vereinigten Staaten. Biden war damals Senator aus Delaware und hat dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen angehört, dessen Vorsitz er später übernahm. Als US-Vizepräsident besuchte Biden Belgrad im Jahr 2016 und sprach den Familien der bei den Bombenangriffen Getöteten sein Beileid aus.

Aleksandar Vučić, der serbische Präsident, wies darauf hin, dass sein Land der NATO wegen der Bombardierung Jugoslawiens nicht beitreten werde. Er sagte:

"Zusammenarbeit ist immer eine gute Sache. Es fühlt sich gut an, zu vergeben, aber wir können es nicht vergessen."

Serbiens Innenminister Aleksandar Vulin äußerte sich ebenfalls zu Bidens Worten, Putin sei ein Kriegsverbrecher. Vulin sagte:

"Gerichtsverfahren ohne Prozess und Anklagen ohne Klageerhebung sind bereits ein Verbrechen. Wir Serben wissen, wie es ist, von Henkern verurteilt zu werden. Aus diesem Grund ist niemand für die Aggression der NATO gegen Jugoslawien verantwortlich, und Gerechtigkeit ist nicht wegen eines unserer ermordeten Kinder hergestellt worden. Die Länder, die im Jahr 1999 das Völkerrecht gekillt haben, haben kein Recht, sich im Jahr 2022 darauf zu berufen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62333f0cb480cc746817e1d2.jpg>

9:00 de.rt.com: **Europäische Politiker sprechen sich für Verleihung des Friedensnobelpreises an Selenskij aus**

Eine Reihe europäischer Politiker hat eine Initiative zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Wladimir Selenskij vorgeschlagen. Dies geht aus einem Brief hervor, der auf der Website nobelprizeforukraine veröffentlicht wurde. Die Verfasser der Botschaft forderten das norwegische Nobelpreiskomitee zu diesem Zweck auf, auch das Nominierungsverfahren schnellstens zu überdenken, da die diesjährige Frist für Nominierungen bereits abgelaufen ist: "Wir bitten das Komitee, das Nominierungsverfahren für den Friedensnobelpreis bis zum 31. März 2022 zu verlängern, um die Nominierung des Präsidenten Selenskij und des ukrainischen Volkes für den Friedensnobelpreis zu ermöglichen."

Nach Angaben des Pressedienstes des norwegischen Nobelkomitees wird die Auswahl für die Ehrung in diesem Jahr unter 251 Personen und 92 Organisationen getroffen. 2021 erhielten der russische Journalist und Chefredakteur von Nowaja Gaseta Dmitri Muratow und die philippinische Journalistin Maria Ressa den Friedensnobelpreis.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623439de48fbef28d36f0e9a.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.3.22 um 10:30 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieseinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter zielgerichtet Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Der Gegner hat in den letzten 24 Stunden mehr als 150 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **18 Zivilisten verletzt**. 16 Wohnhäuser und ein Infrastrukturobjekt wurden beschädigt. 6 Umspannwerke haben keinen Strom, die Siedlung des Bergwerks Nr. 11, die Schule Nr. 116 sowie 600 Häuser im privaten Bereich haben keine Stromversorgung.

Seit Beginn des heutigen Tages wurden starben aufgrund von Beschuss durch ukrainische Nationalisten auf Donezk mit 120mm-Mörsern **vier Zivilisten getötet, einer wurde verletzt**.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften der Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden wurden bei gemeinsam Handlungen 25 Feuerstellungen und mehr als 50 Nationalisten, darunter fünf ausländische Bürger, vernichtet. Ein Panzer, drei Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

26 Soldaten der der ukrainische Streitkräfte haben freiwillig die Waffen niedergelegt, womit sie ihr Leben gerettet haben. Fünf von ihnen wurden qualifiziert medizinische behandelt, ihr Leben ist jetzt nicht in Gefahr.

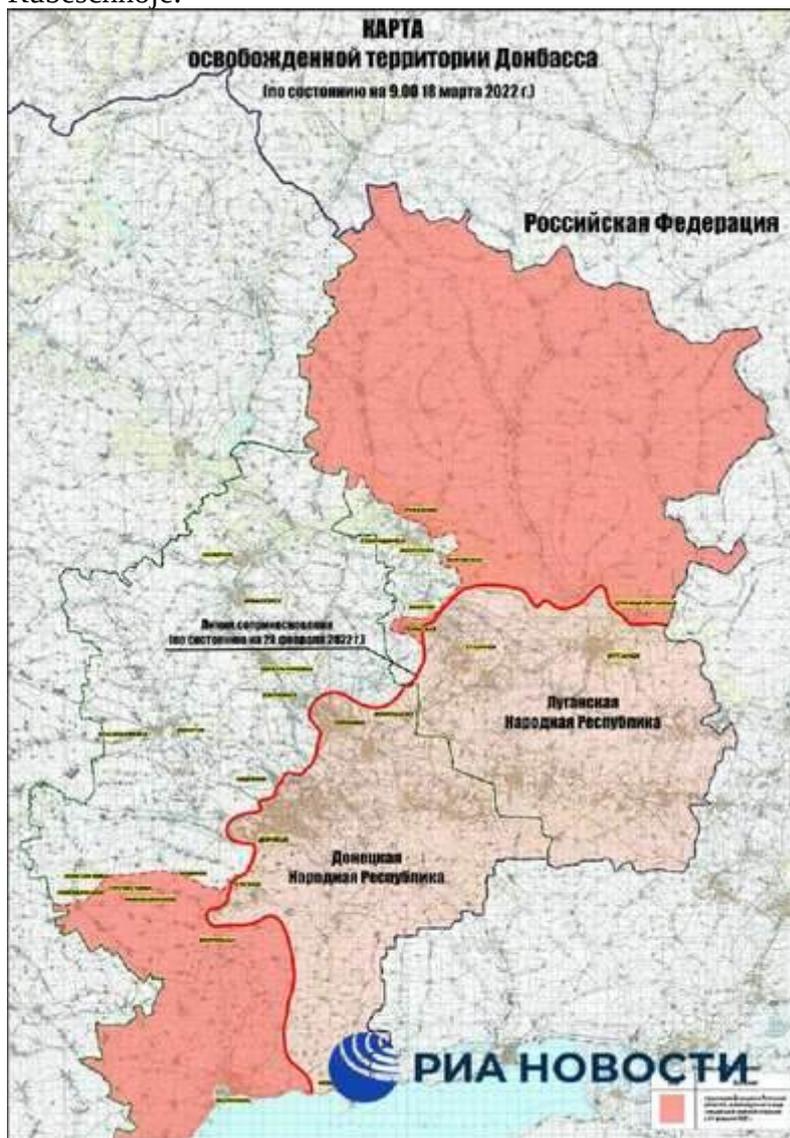
Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, das Kommando hat Sie im Stich gelassen. Folgen Sie dem Beispiel ihrer Kameraden und retten Sie ihr Leben. Nur wenn sie freiwillig die Waffen niederlegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergehen werden sie zu Ihren Familien nach Hause zurückkehren können.

Zur Leistung von operativer Hilfe für Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die sich entschieden haben, auf unsere Seite überzugehen, und für Zivilisten, die sich in der Kampfzone befinden, wurde in der Mobilfunkapp „Telegram“ ein offizieller

Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR eingerichtet, mit dem Sie ihren Aufenthaltsort und die bestehende Situation mitteilen können.
Mit Ihrer Hilfe wird die militärische Spezialoperation um einiges schneller beendet sein.

9:25 de.rt.com: Streitkräfte Russlands und der LVR befreien mehr als 90 Prozent der Volksrepublik Lugansk

Die Truppeneinheiten der LVR haben mit Unterstützung der russischen Streitkräfte mehr als 90 Prozent des Territoriums der Volksrepublik Lugansk befreit. Dies meldete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow bei einem Briefing am Freitag. Mittlerweile führen die LVR-Kämpfer dem Bericht zufolge gezielte Angriffe gegen vereinzelte Nationalisten-Gruppen am südlichen Rand des befreiten Dorfes Rubeschnoje.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JsIXy8Ys15FerFOTWW6s8XtTiCogB0yvvdZMPYUv86cHoGaihAW0kPwtMKjUrg24Q5RpfNvLU8Xe93XsNHtJU7l-Qpp1YyL3qKLRIW0LpmuCrRd6Eb2XpA0vPbG-BHDOkOJAWP-PpGV_IMuikNh4qGZyvCfrUravL9ZJuJHJdrgB8TzsfVQqX9xV-Tctm07PaT2rHZMJewkTFa5IcPXrgqDSYU6xRcLV8Q26-XR9vy4GAh7t9PaWGdFVyR7sJZX9ifOFxYpN9sqia72zItKblPAe63Ppq0mrfXu6Uj9EDcFqkqWSJkx2_i0GK5_ij2RlbnHafTsdavB9FTyI7y5mOg.jpg

Zur Entwicklung in der Volksrepublik Donezk erklärte Konaschenkow, dass die Einheiten der

Republik, unterstützt von russischen Militärs, den Einkesselungsring um Mariupol weiter zuschnüren und Nationalisten im Zentrum der Stadt bekämpfen.

Das Ministerium veröffentlichte zur Illustration eine Landkarte mit der Kennzeichnung derzeit befreiter Gebiete der DVR und der LVR.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62343fd548fbef29f3397992.jpg>

10:18 de.rt.com: **Kein zusätzliches Öl für Boris Johnson aus Saudi-Arabien und Vereinigten Arabischen Emiraten**

Der britische Premierminister Boris Johnson beendete seine Reise nach Riad und Abu Dhabi praktisch mit leeren Händen. Die erhoffte Zusage aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten für eine Erhöhung der Rohöllieferungen gab es vorerst nicht.

Der Versuch des britischen Premierministers Boris Johnson, die Ölexporteure im Nahen Osten für eine Erhöhung der Rohöllieferungen zu gewinnen, ist vorerst gescheitert. Weder Saudi-Arabien noch die Vereinigten Arabischen Emirate gaben Berichten zufolge eine Zusage zur sofortigen Erhöhung der Rohölproduktion.

Johnson beendete seine Reise auf die Arabische Halbinsel am Mittwoch nach Treffen mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman in Riad und dem Kronprinzen der Vereinigten Arabischen Emirate, Mohammed bin Zayid, in Abu Dhabi. Der britische Premier konnte die Königreiche nicht dazu bewegen, eine Erhöhung der Öllieferungen anzukündigen. Großbritannien und die USA versuchen über einen Importstopp von russischem Öl Einfluss auf den Krieg Russlands in der Ukraine zu nehmen. Doch dafür braucht es mehr Öl aus anderen Staaten.

Auf die Frage eines Reporters, ob Saudi-Arabien seine Fördermenge erhöhen werde, antwortete Johnson:

"Ich denke, darüber müssen Sie mit den Saudis sprechen. Aber ich denke, man war sich einig, dass die Stabilität der globalen Öl- und Gasmärkte gewährleistet werden muss und dass schädliche Preisspitzen vermieden werden müssen."

Die internationalen Rohölpreise stiegen Anfang des Monats auf ein 13-Jahres-Hoch, als die Ukraine-Krise eskalierte. Johnsons Versuch der Öldiplomatie brachte zwar keine unmittelbaren Ergebnisse, aber immerhin gelang es ihm, eine Audienz bei den Staatsoberhäuptern Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate zu bekommen. Berichten zufolge war das Weiße Haus nicht einmal in der Lage, für Präsident Joe Biden ein Telefonat mit den beiden Kronprinzen zu arrangieren.

Johnson wurde für sein Treffen mit bin Salman kritisiert, nachdem Saudi-Arabien am vergangenen Wochenende 81 Menschen hingerichtet hatte. Der britische Premierminister versicherte Reportern, dass er bei beiden OPEC-Titanen die Menschenrechtsfrage ansprechen

werde. Doch die Gespräche verliefen offenbar nicht viel besser als seine Bemühungen, mehr Öllieferungen zu sichern. Berichten zufolge hat Saudi-Arabien in der kurzen Zeit, in der Johnson in Riad war, drei weitere Menschen hingerichtet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623443c5b480cc195e50f2c4.jpg>

10:48 de.rt.com: **Lukaschenko warnt Selenskij vor Ablehnung eines Abkommens mit Russland**

Der weißrussische Präsident hat erklärt, falls Selenskij kein Abkommen mit Russland schließe, müsse dieser eine Kapitulationsurkunde unterzeichnen. Lukaschenko zufolge bietet Russland der Ukraine ein akzeptables Abkommen an. Der Konflikt könne bald friedlich gelöst werden.

Falls die Ukraine keinen Vertrag mit Russland schließe, werde sie später eine Kapitulationserklärung unterzeichnen müssen, warnte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko. Ein Ausschnitt aus seinem Interview mit dem japanischen Fernsehsender TBS wurde von der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA veröffentlicht. Lukaschenko sagte: "Russland bietet der Ukraine, Putin bietet Selenskij – das weiß ich ganz genau – eine absolut akzeptable Version des Abkommens an. Und heute ist es immer noch möglich, dass die Ukraine und Russland sich einigen und Selenskij dieses Abkommen mit Putin unterzeichnet. Wenn Selenskij sich nicht darauf einlässt, glauben Sie mir, dann wird er in Kürze eine Kapitulationserklärung unterschreiben müssen. Russland wird diesen Krieg nicht verlieren." Der weißrussische Präsident wandte sich an den japanischen Journalisten und fügte hinzu: "Wie endet ein Krieg, wenn eine Seite gewinnt? Japan weiß das besser als ich."

Lukaschenko betonte, dass Minsk die Verhandlungen unterstütze und dass es ohne Frieden in der Ukraine auch keinen Frieden in Weißrussland geben werde. Deshalb habe er selbst "am dritten oder vierten Tag der Militäroperation mit Selenskij telefoniert und angeboten, sofort in Verhandlungen mit Russland einzutreten". Es folgten drei Gesprächsrunden in Weißrussland. Minsk werde Vergeltung üben, falls Kiew die Eskalation gegen Weißrussland fortsetze, so Lukaschenko. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass es keinen Grund für einen Krieg mit der Ukraine geben werde und dass es dem Westen nicht gelingen werde, Weißrussland in diesen Konflikt hineinzuziehen:

"Ich bin überzeugt, dass dieser Konflikt, die russische Operation, in naher Zukunft friedlich enden wird."

Am Dienstag hatte Lukaschenko mitgeteilt, dass zwei Tage zuvor ein taktisches Raketensystem vom Typ Totschka-U von der Ukraine aus in Richtung Weißrussland abgefeuert worden sei. Dieses sei im Gebiet des Flusses Pripjat abgefangen und ausgeschaltet worden.

Zuvor hatte der weißrussische Präsident seine Hoffnung geäußert, dass die Ereignisse in der

Ukraine nicht zu einem globalen Konflikt eskalieren werden. Er versicherte auch, dass sich Minsk nicht an der russischen Militäroperation beteiligen werde.

Russland führt in der Ukraine eine Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Landes durch. Weitere zentrale Forderungen der russischen Seite sind ein neutraler Status der Ukraine, die Anerkennung der Krim als russische Insel und die Unabhängigkeit der Donbass-Republiken.

Die vierte und letzte Gesprächsrunde zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation fand im Videoformat statt. Der Leiter der russischen Delegation, Präsidentenberater Wladimir Medinski, sagte am Mittwoch, die Ukraine habe in den Gesprächen zur Beilegung des Konflikts eine "österreichische" oder "schwedische" Version eines neutralen entmilitarisierten Staates mit eigener Armee angeboten. Nach Ansicht von Michail Podoljak, der Mitglied der ukrainischen Delegation und Berater des ukrainischen Präsidialamtes ist, ist das Neutralitätsmodell für Kiew nur unter ukrainischer Führung und mit "rechtlich verifizierten Sicherheitsgarantien" akzeptabel.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623428e0b480cc195e50f2b4.jpg>

12:58 (10:58) novorosinform.org: **Der russische Außenminister Sergej Lawrow glaubt, dass sich Russland jetzt nur noch auf sich selbst und seine verbleibenden Verbündeten verlassen kann.**

Darüber sprach Lawrow in einem Interview mit RT.

Der russische Außenminister stellte fest, dass Russland ein starkes Land sei und „überleben“ werde. Regierung und Präsident entwickelten Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage die schrittweise eingeführt würden. Lawrow fügte hinzu, dass die getroffenen Maßnahmen den Grundstein für einen neuen wirtschaftlichen Kurs legen und es ermöglichen würden, sich an die entstandenen Umstände anzupassen. Russland habe bereits seit 2014 Erfahrung damit, das Land zu lehren, sich nur auf seine eigene Stärke zu verlassen.

„Natürlich ist es jetzt größtmäßig nicht einmal mehr mit dem zu vergleichen, was es nach 2014 war. Aber jetzt ist die Illusion zerstört, dass wir uns auf westliche Partner verlassen können. Jetzt können wir uns nur noch auf uns selbst und die Verbündeten verlassen, die bei uns bleiben werden“, sagte Lawrow.



11:50 de.rt.com: **Polen kündigt Programm zur "Entrussifizierung der Wirtschaft" an**

Die polnische Regierung hat angekündigt, ein Programm zur "Entrussifizierung der Wirtschaft" auf den Weg zu bringen. Bei einer Pressekonferenz am Freitag räumte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ein:

"Wir präsentieren den ersten Teil des Anti-Putin-Schildes. Wir werden uns mit der Entrussifizierung der polnischen und europäischen Wirtschaft beschäftigen."

Der Premier führte aus, dass das Programm den Verzicht auf russische Energieträger, vor allem Erdgas und Öl, vorsehe.

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Peking über US-Waffenlieferungen an Kiew: "Menschen in der Ukraine brauchen vielmehr Lebensmittel und Schlafsäcke"**

Peking sieht die militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA sehr kritisch und bezweifelt, dass diese zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität im Land führen könne. Außerdem hätten die Menschen in der Ukraine ohnehin einen dringenderen Bedarf an humanitären Hilfsgütern, meinte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian. Er sagte:

"China hat der Ukraine Lebensmittel, lösliche Babymilch, Schlafsäcke und Baumwolldecken sowie feuchtigkeitsdichte Bettwäsche als humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Was die USA betrifft, so haben sie Kiew tödliche Waffen geliefert. Können diese Waffen Frieden und Stabilität wiederherstellen – oder werden sie zu mehr zivilen Opfern und Verletzten führen? Die Menschen in der Ukraine brauchen vielmehr Lebensmittel und Schlafsäcke."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62344997b480cc39d04fef77.jpg>

14:28 (12:28) rusvesna.su: **Scholz rief Putin an: Der Kreml berichtete über die Einzelheiten des Gesprächs**

Heute hat der russische Präsident Wladimir Putin auf Initiative Berlins mit Bundeskanzler Olaf Scholz telefoniert.

Laut Kreml diskutierten Putin und Scholz weiter über die Situation um die Ukraine.

Der russische Staatschef machte den deutschen Bundeskanzler auf die Raketenangriffe der Streitkräfte der Ukraine auf die Wohngebiete von Donezk und Makejewka aufmerksam, die zu hohen Verlusten führten.

„Diese Kriegsverbrechen wurden im Westen ignoriert.“

Putin betonte, dass die russischen Streitkräfte alles tun, um das Leben von Zivilisten zu retten, unter anderem durch die Organisation sicherer Korridore für die Flucht der Bevölkerung aus Städten in der Kampfzone.

Der Präsident sprach auch über den Verlauf der laufenden Verhandlungen zwischen russischen und ukrainischen Vertretern in einem Videoformat.

Das Kiewer Regime versuche mit allen Mitteln, den Verhandlungsprozess zu verzögern, indem es immer mehr unrealistische Vorschläge unterbreite.

Dennoch sei die russische Seite bereit, die Suche nach Lösungen im Einklang mit ihren bekannten prinzipiellen Ansätzen fortzusetzen.

dan-news.info: In Wolnowacha wurde eine Straße zu Ehren des Bataillonskommandeurs von „Sparta“ Wladimir Shoga benannt, der bei der Evakuierung friedlicher Einwohner während der Kämpfe um die Stadt gefallen war. Dies teilte heute der Bürgermeister von Dokuschajewsk, Alexandr Katschanow mit, zu dessen Verantwortungsbereich die Stadt vorübergehend gehört.

12:30 de.rt.com: **"Das ist Wahnsinn": Kritik an Kiew "Trauer" über Opfer eines ukrainischen Raketenangriffs auf Donezk**

Viele Nutzer sozialer Netzwerke haben der Regierung in Kiew Heuchelei vorgeworfen, nachdem das ukrainische Außenministerium die Opfer des Angriffs auf Donezk am vergangenen Montag vonseiten ukrainischer Streitkräfte mit einer ballistischen Rakete des Typs Totschka-U betrauert hatte. Das Ministerium in Kiew veröffentlichte Bilder nach dem tödlichen Anschlag und kommentierte diese mit den Worten:

"Sie mögen die Sprache nicht verstehen, aber die Trauer in den Gesichtern dieser Menschen

ist für jeden erkennbar."

Der US-Aktivist Jack Posobiec übte neben vielen anderen heftige Kritik an diesem Post. Er kommentierte den Tweet so:

"Das ist Wahnsinn. Die Ukraine hat die Rakete abgefeuert, die diese Menschen getötet hat, und jetzt veröffentlicht das ukrainische Regime die Fotos. Donezk steht seit 2014 nicht mehr unter Kiewer Kontrolle."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62346c5cb480cc73140df671.jpg>

13:00 de.rt.com: **Vier Frauen in Donezk durch ukrainischen Beschuss ums Leben gekommen**

Vier Frauen sind am Morgen des 18. März im Donezker Stadtteil Tekstilschtschiki getötet worden. Diese Informationen wurden von der Vertretung der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes bestätigt.

Gennadi Storoschuk, ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Marktes, teilte mit: "Sie kamen gerade heraus, um den Geldautomaten zu benutzen. Ich weiß nicht, warum die hierher geschossen haben – wir haben keine Militäreinheiten oder Kasernen mit Militärangehörigen in der Nähe, das ist nur ein Wohnbezirk."

Überdies schlug ein weiteres Geschoss in das Gebäude des örtlichen Krankenhauses ein.

Dan-news.info: **In der DVR wurde eine Aktion für Kinder „Brief an meinen Verteidiger“ ausgerufen**, teilte heute die Leiterin der Donezker republikanischen Kirow-Bibliothek für Kinder Jelena Weter-Milejko mit.

Die Aktion ist für Kinder der 1. bis 11. Klasse, denen vorgeschlagen wird, Briefe an Soldaten zu schreiben, Karten zu zeichnen, Wandzeitungen und Videos mit Wünschen für den Sieg und eine schnelle Rückkehr nach Hause zu erstellen. Die Aktion wird bis Mai laufen. Die Briefe und Karten sind sowohl für die Soldaten direkt an der Front als auch für die Verletzten in den Krankenhäusern.

13:05 de.rt.com: **Peking: USA soll Unterdrückung chinesischer Firmen beenden**

Peking forderte Washington dazu auf, gegen chinesische Firmen gerichtete Maßnahmen sofort einzustellen. Andernfalls werde China Gegenmaßnahmen einleiten. US-Behörden hatten zuvor mehreren chinesischen Telekommunikationsfirmen ihre Genehmigung entzogen. China hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, die unangemessene Unterdrückung chinesischer Unternehmen unverzüglich einzustellen, und versprochen, Maßnahmen zu ergreifen, um die legitimen Rechte und Interessen der inländischen Unternehmen zu schützen,

wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Gao Feng, Sprecher des Handelsministeriums, äußerte sich am Donnerstag auf einer Pressekonferenz zu Entziehung der Genehmigungen von chinesischen Firmen seitens US-Behörden. Die US-amerikanische Telekommunikationsaufsicht hatte der chinesischen Pacific Networks Corp. und ihrer hundertprozentigen Tochtergesellschaft ComNet (USA) die Genehmigung zur Erbringung von Telekommunikationsdiensten in den USA entzogen. Zuvor hatte die US-Seite bereits zwei anderen chinesischen Telekom-Betreibern, China Unicom Americas und China Telecom Americas, die Erlaubnis entzogen, Telekommunikationsdienste im Land anzubieten.

Gao erklärte:

"Die Vereinigten Staaten haben weiterhin das Konzept der nationalen Sicherheit verallgemeinert und die Staatsgewalt missbraucht, um chinesische Telekommunikationsunternehmen böswillig zu unterdrücken, obwohl keine Fakten vorliegen."

Er wies darauf hin, dass solche Maßnahmen gegen die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und des fairen Wettbewerbs verstoßen, die internationalen Wirtschafts- und Handelsregeln untergraben und die normale Marktordnung stören.

Der chinesische Diplomat forderte die Vereinigten Staaten auf, die Politisierung von Handels- und Wirtschaftsfragen zu beenden und ein faires und stabiles Marktumfeld für Unternehmen aus der ganzen Welt, einschließlich chinesischer Unternehmen, zu schaffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623399b8b480cc37ef79c4a6.jpg>

13:17 de.rt.com: **Russland vermeidet Zahlungsausfall**

Am Mittwoch haben mehrere russische Gläubiger von Eurobonds fällige Kuponzahlungen erhalten, was darauf hindeutet, dass Russland einen weithin erwarteten Zahlungsausfall von Auslandsanleihen vermieden hat.

Russland hat nach eigenen Angaben eine Anleihe in Höhe von 117 Millionen US-Dollar gezahlt, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Der russische Finanzminister Anton Siluanow sagte am Donnerstag gegenüber staatlichen Medien, dass das Land seine Schuldverpflichtung erfüllt habe und dass es von den USA abhängt, ob die Zahlung genehmigt werde. Das US-Finanzministerium erklärte, es werde die Zahlung zulassen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am Donnerstag, dass die Korrespondenzbank JPMorgan die Zahlung erhalten und der Zahlstelle Citigroup gutgeschrieben habe, die für die Verteilung des Geldes an die Anleger zuständig ist. Vertreter von Citigroup und JPMorgan lehnten es ab, die Angelegenheit zu kommentieren. Einem Bericht der Nachrichtenseite Bloomberg zufolge ordnete das russische Finanzministerium die Zinszahlung am Montag an, noch vor dem Fälligkeitstermin am Mittwoch.

Die US-Sanktionen gegen Geschäfte mit der russischen Zentralbank und anderen Institutionen werden Moskau nicht daran hindern, bis kurz nach Mitternacht am 25. Mai Zahlungen an die USA für auf Dollar lautende Schulden zu leisten, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums gegenüber Bloomberg. Russland hatte zuvor erklärt, dass es seine Auslandsschulden in Rubel zurückzahlen würde, falls die Dollar-Zahlungen nicht zugelassen würden. Die Rating-Agentur Fitch erklärte, dass dies einem Zahlungsausfall gleichkommen könnte, da die Anleger erwarteten, in Dollar bezahlt zu werden.

Bislang haben die Anleihegläubiger die Zahlungen noch nicht erhalten, hieß es gegenüber Reuters. Russland steht kurz vor dem ersten Ausfall von Fremdwährungsanleihen seit 1918, dem Jahr nach der bolschewistischen Revolution. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hat die Kreditwürdigkeit Russlands weiter abgestuft. Die Bonität sinkt um eine Note auf "CC", wie S&P am späten Donnerstagabend mitteilte. Die Bewertung befindet sich damit zwei Stufen über "Zahlungsausfall".

Hintergrund ist die Frage, ob Russland aufgrund von Finanzsanktionen wegen des Einmarschs in die Ukraine fällige Zinszahlungen aus Staatsanleihen leisten kann.

Russlands Streitkräfte hatten im vergangenen Monat eine Militäroperation in der Ukraine gestartet und damit eine Welle von Sanktionen des Westens ausgelöst, die Russland weitgehend von den globalen Finanzmärkten abgeschnitten und den Zugriff auf etwa die Hälfte seiner Devisenreserven in Höhe von 640 Milliarden US-Dollar verhindert haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62345efcb480cc72de0f0be2.jpg>

13:21 de.rt.com: **Westliche Taskforce soll Vermögen russischer Oligarchen jagen**

Das US-Justiz- und Finanzministerium gaben bekannt, dass westliche Staaten eine "multilaterale Taskforce für russische Oligarchen" eingerichtet haben. Diese soll dem Vermögen der reichen Russen nachstellen. Milliarden von US-Dollar wurden bereits beschlagnahmt.

Eine spezielle "multilaterale Taskforce" soll dem Vermögen reicher Russen nachstellen. Laut einer Erklärung des US-Finanzministeriums haben sich Australien, Kanada, die Europäische Kommission, Deutschland, Italien, Frankreich, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA darauf geeinigt, ihre Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Sanktionen gegen Russland zu verstärken. Sie werden Informationen sammeln und austauschen, um konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, die zivil- und strafrechtliche Beschlagnahme von Vermögenswerten und die Strafverfolgung.

Die Zusammenarbeit zwischen der US-Regierung und den ausländischen Partnern habe bereits zu bemerkenswerten Erfolgen geführt, heißt es in der Erklärung. So seien allein in den letzten drei Wochen mehrere Schiffe beschlagnahmt worden, die von sanktionierten Personen und Organisationen kontrolliert werden. Der Gesamtwert dieser Schiffe wird auf Hunderte von Millionen US-Dollar geschätzt, heißt es in dem Bericht.

"Unsere Sanktionen, Handelsbeschränkungen und andere Maßnahmen haben Russland, seiner Führung und denjenigen, die Putins unprovokierte Invasion in der Ukraine ermöglicht haben, bereits erhebliche Kosten auferlegt", sagte Finanzministerin Janet Yellen. Und sie fügte hinzu: "Diese multilaterale Taskforce wird diese Kosten noch weiter in die Höhe treiben, indem sie koordinierte Bemühungen zum Einfrieren und Beschlagnahmen von Vermögenswerten dieser Personen in Gerichtsbarkeiten auf der ganzen Welt in Gang setzt und ihnen den sicheren Hafen für ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne verwehrt."

Unterdessen erklärte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch, dass das Land keine Pläne habe, als Reaktion auf die Beschlagnahmung russischen Eigentums im Ausland ausländische Vermögenswerte zu verstaatlichen. "Anders als westliche Länder werden wir die Eigentumsrechte respektieren", so der russische Präsident.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6232f70348fbef08e6312e7b.jpg>

13:30 de.rt.com: **Aus Mariupol geflüchtete Frau: Wir waren menschliche Schutzschilde für ukrainische Soldaten**

Viele Geflüchtete aus Mariupol berichten, dass die ukrainische Armee die Einwohner als menschliche Schutzschilde missbraucht habe. Und lediglich das russische Militär habe die Evakuierung der Zivilisten sichergestellt. Russische Soldaten sollen an den Bussen noch Frauen und Kinder mit Essen und Süßigkeiten versorgt haben:

"Und die ganze Zeit haben sich die Asow-Truppen hinter uns versteckt. Wir waren menschliche Schutzschilde für sie. Um uns herum haben sie alles zerschlagen."

Außerdem berichtete die Augenzeugin, die ukrainischen Streitkräfte hätten unter der Zivilbevölkerung Hass und Angst vor der russischen Armee geschürt. Weiter berichtet sie von den Umständen der Zerstörung des Schauspielhauses in Mariupol durch ukrainische Militärs. Das sei bei deren Abzug geschehen.

"Die Menschen [aus dem Schutzbunker des Schauspielhauses] wurden mit Splitterwunden zu uns gebracht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623473ea48fbef2a5145cce3.jpg>

13:45 de.rt.com: **Ukrainischer Außenminister Kuleba nennt Lawrow den "erfahrensten Diplomaten der Welt"**

In einem Interview der Zeitung Ukrainskaja Prawda hat der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärt, er sei zu substanziellen Gesprächen mit dem russischen Chefdiplomaten Sergei Lawrow bereit. Dabei bezeichnete er seinen russischen Amtskollegen als "den erfahrensten Diplomaten der Welt". Kuleba wörtlich:

"Lawrow ist ein äußerst erfahrener Diplomat, ich glaube, er ist in seiner Position weltweit mit Abstand am längsten tätig, er hat einfach wahnsinnige Erfahrung. Ich bin bereit, mit ihm zu reden, ich bin bereit, ein ernsthaftes, substanzielles Gespräch mit ihm zu führen. Aber alle unsere öffentlichen Narrative müssen außerhalb des Verhandlungsraums bleiben. Dann werden wir auch Ergebnisse erzielen können."

Lawrow und Kuleba hatten gemeinsam bereits am 10. März nach Vermittlung durch die Türkei ein Gespräch geführt. Am vergangenen Mittwoch teilte Lawrow mit, dass ein neues Treffen mit Kuleba vom Wunsch der ukrainischen Seite abhängen würde. Es sei wichtig, dass Kiew nicht versuche, den Dialog zu verwässern, betonte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62347c3548fbef2e225f2fa9.jpg>

14:05 de.rt.com: **IWF: Ukraine-Krieg wird "desaströse Folgen" für Weltwirtschaft haben**

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und weitere große Kreditgeber der Weltgemeinschaft am Freitag vor verheerenden Folgen des Ukraine-Kriegs für die globale Wirtschaft gewarnt:

"Die gesamte Weltwirtschaft wird die Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen."

Den Kreditinstituten zufolge sei mit langsamerem Wirtschaftswachstum, Handelsproblemen und deutlich anziehender Inflation zu rechnen. Weiter bremse der Konflikt die Energie- und Lebensmittelversorgung und treibe die Armut in die Höhe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6234822148fbef2e225f2fb5.jpg>

Lug-info.com: In der LVR und den befreiten Gebieten gelten dieselben Tarife für Strom, Heizung, Wasser und andere kommunale Dienstleistungen.

16:30 (14:30) ria.ru: **Der Flughafen Mariupol ist vollständig unter Kontrolle der DVR**

Der Flughafen Mariupol ist vollständig unter die Kontrolle der Streitkräfte der Volksrepublik Donezk übergegangen, berichtet der Korrespondent von RIA Novosti.

Zuvor war der Flughafen als Gefängnis und Folterkammer ukrainischer Nationalisten und des SBU berüchtigt.

Im zentralen Teil der Stadt wird weiter gekämpft, Schüsse, Explosionen und Artilleriesalven sind zu hören. Die Hauptstraßen, die ins Zentrum führen, sind durch Barrikaden blockiert.

Zum Zeitpunkt der Proklamation der DVR im Jahr 2014 war Mariupol mit etwa 450.000 Einwohnern nach Donezk die zweitgrößte Stadt der Republik. Aber im Juni desselben Jahres nahmen es die ukrainischen Truppen ein, und die östlichen Vororte wurden zu einem der heißesten Konfliktorte in der Ukraine.

Derzeit befindet sich noch eine große Gruppierung ukrainischer Einheiten in Mariupol, darunter das nationalistische Asow-Regiment, gegen dessen Kämpfer in Russland ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums verkleinern Einheiten der Volksrepublik Donezk mit Unterstützung des russischen Militärs nach und nach den Kessel. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/11/1778657814_0:0:3077:2048_1440x900_80_1_1_8e2dfb5e60c8250e0053f6884aa20331.jpg?source-sid=rian_photo

14:50 de.rt.com: **Europäische Flugsicherheitsbehörde: Zunahme von Störungen der Navigationssignale**

Der Krieg in der Ukraine sorgt zunehmend auch für Beeinträchtigungen im zivilen Flugverkehr. In einer Sicherheitsinformation warnte die Europäische Flugsicherheitsbehörde (EASA) am Freitag, dass etwaige Störungen der Navigationssignale seit Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine zugenommen hätten.

Demnach seien von den Störungen auch in großer Entfernung liegende Regionen wie etwa das Mittelmeer und Finnland betroffen. Die Beeinträchtigungen seien entweder auf "Störungen" von Satellitenortungssignalen oder auf deren "Missbrauch" zurückzuführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62348ca448fbef29f3397a14.jpg>

16:52 (14:52) novorosinform.org: **Der Vater des verstorbenen Bataillonskommandeurs von „Sparta“ drängte darauf, die russische Armee zu unterstützen**

Der derzeitige Kommandeur des Sparta-Bataillons, der Vater des verstorbenen Helden Russlands Wladimir Shoga, Artjom Shoga, sagte während seiner Rede in Lushniki, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation und der LDVR das Nazi-Regime in der Ukraine endgültig zurückgedrängt hätten.

Er stellte auch fest, dass die gesamte westliche Welt jetzt erschrocken sei.

„Heute haben wir, die Einwohner des Donbass, nur einen Traum – die Arbeit, die wir begonnen haben, zu vollenden, unser Land von Nazi-Unmenschen zu befreien“, sagte Shoga. Der Kommandeur forderte auch die Bürger Russlands auf, ihre Unterstützung für die Armee und den Präsidenten zum Ausdruck zu bringen.

„Ich möchte Sie bitten, Ihre Unterstützung für die russische Armee auszudrücken, die Jungs, die jetzt an vorderster Front stehen, und unseren Präsident Wladimir Wladimirowitsch“, sagte er.

In Wolnowacha, wo Wladimir Shoga starb, wurde eine Gedenktafel mit seinem Namen angebracht.



https://novorosinform.org/content/images/13/15/41315_720x405.jpg

17:04 (15:04) rusvesna.su: **Kämpfe in Mariupol: Spezialeinheiten räumen die Stadt von den Nazis**

Der Chef der Tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, veröffentlichte ein [Video der Kämpfe in Mariupol](#), bei denen die Stadt von Nazi-Kämpfern geräumt wird.

„Unsere Kämpfer befreien Gebäude um Gebäude in Mariupol. Ja, es geht nicht so schnell, wie es sich jeder wünscht.

Aber in jeder Wohnung und in jedem Keller können Zivilisten und Kinder sein, also haben unsere Kämpfer keine Eile.

Die „Asowiter“ nutzen das aus, besetzen die oberen Stockwerke von Wohnhäusern, um später russische Truppen des Schießens auf Zivilisten anzuklagen, mischen sich mit Anwohnern, kleiden sich in Zivil, um später schmähsch zu fliehen.

Diese Aufnahmen zeigen die Befreiung von Familien mit Kindern aus der Gefahrenzone, die mehrere Tage im Keller verbrachten. Ihr Leben ist nicht mehr in Gefahr.

Hier und da liegen zerbrochene Wahrzeichen von „Asow“ und anderen Nazis auf dem Boden. Glauben sie, dass wir sie anhand ihrer militärischen Abzeichen suchen werden? Sie sind naiv! Wir haben eure Listen mit Namen, Fotos und Adressen schon lange! Lauft, ihr Banderowiten! Putzen Sie Ihre Absätze!“ ...“

15:10 de.rt.com: **Stadtverwaltung: 222 Tote in Kiew seit Beginn des Ukraine-Krieges**

Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar seien in Kiew insgesamt 222 Menschen ums Leben gekommen, teilten die Behörden der ukrainischen Hauptstadt mit. Den Angaben zufolge seien darunter 60 Zivilisten gewesen, von denen vier Kinder waren. Insgesamt seien in Kiew 889 Menschen in diesem Zeitraum zu Schaden gekommen, darunter 241 zivile Personen.

17:11 (15:11) [novorosinform.org](#): **In den befreiten Gebieten der LVR wird eine**

Ausgangssperre eingeführt

Das Oberhaupt der Republik Leonid Pasetchnik erklärte, dass die Ausgangssperre von 21:00 bis 05:00 Uhr gelten solle.

Dies teilt TASS unter Bezugnahme auf den Erlass des Oberhauptes der LVR mit.

„Eine Ausgangssperre wird für eine Übergangszeit von 21:00 bis 05:00 Uhr auf den Territorien der Volksrepublik Lugansk verhängt, die zuvor von der Ukraine besetzt waren und nach dem 19. Februar 2022 befreit wurden“, heißt es in dem Dokument.

Die Ausgangssperre wurde in der Volksrepublik Lugansk ab dem 1. Februar 2022 wieder eingeführt.



https://novorosinform.org/content/images/13/18/41318_720x405.jpg

17:48 (15:48) novorosinform.org: **Puschilin ist sich eines baldigen Sieges über die Ukraine sicher**

Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin sagte, dass die Verteidiger von Donbass Heldentaten vollbringen und mit aller Kraft auf den Sieg über den Feind hinarbeiten.

Er sprach darüber in einer Sendung von Kanal 1.

„Unsere Kämpfer vollbringen Heldentaten, die mit denen unserer Großväter und Urgroßväter vergleichbar sind. Das verdient großen Respekt. Sowohl unsere Jugend als auch unsere jüngere Generation haben jemanden, zu dem sie aufschauen können, denn unsere Einheiten machen unseren Sieg möglich. Ich bin sicher, er ist nahe“, sagte Puschilin.

Er fügte hinzu, dass im Donbass bald Gerechtigkeit herrschen werde. Im Moment sei der Prozess der Befreiung von den ukrainischen Nazis im Gange.

Zuvor hatte Puschilin erklärt, dass die Mobilisierungskampagne in der DVR kurz vor dem Abschluss stehe, ein Dekret darüber sei jedoch noch nicht unterzeichnet worden. Derzeit würden Reserven gebildet.



https://novorosinform.org/content/images/13/21/41321_720x405.jpg

16:08 de.rt.com: **Trotz US-Drohungen: Indien kauft mehr russisches Erdöl**

Ein weiteres indisches Unternehmen hat trotz Warnungen aus den USA russisches Öl gekauft. Neu-Delhi betonte, dass seine Abhängigkeit von Energieimporten nicht "politisiert" werden dürfe. Indien prüfe "alle Möglichkeiten", seine Energiesicherheit zu gewährleisten.

Die staatliche indische Raffinerie Hindustan Petroleum Corporation (HPCL) hat zwei Millionen Barrel russisches Öl gekauft, das im Mai verladen werden soll. Berichten zufolge verstärken die Raffinerien des Landes ihre Bemühungen, sich Rohöl aus Russland zu einem günstigeren Preis zu sichern.

Das Rohöl wurde vom europäischen Händler Vitol verkauft. Dies stellt das zweite Geschäft dieser Art dar, nachdem die Indian Oil Corporation (IOC) Anfang dieser Woche drei Millionen Barrel des russischen Ural-Rohöls mit einem Preisnachlass von 20 bis 25 US-Dollar pro Barrel für eine Lieferung im Mai gekauft hatte.

Ein anderes indisches Unternehmen, die Mangalore Refinery and Petrochemicals Ltd. (MRPL), veröffentlichte Berichten zufolge ebenfalls eine Ausschreibung für eine Million Barrel der gleichen Referenzsorte.

Einige Länder vermieden den Kauf russischen Öls bisher aus Angst vor Vergeltungssanktionen der USA. Infolgedessen wurde das Öl des Landes zu ermäßigten Preisen erhältlich. Der indische Ölkonzern wies darauf hin, dass er den Kauf von russischem Rohöl nicht als Problem betrachte, da weder das Öl selbst noch Vitol sanktioniert worden seien.

Washington setzt Neu-Delhi seit Wochen unter Druck, aufgrund des Ukraine-Konflikts kein russisches Öl zu kaufen. Indien wies die Forderungen der USA am Freitag mit dem Argument zurück, dass seine Abhängigkeit von Energieimporten nicht "politisiert" werden dürfe. Länder, die von Öl unabhängig sind oder immer noch russische Produkte importieren, könnten "nicht glaubwürdig für einen restriktiven Handel eintreten", hieß es in der örtlichen Presse.

Indien ist der drittgrößte Energieverbraucher der Welt und importiert etwa 80 Prozent des benötigten Rohöls. Nur etwa drei Prozent der gesamten Rohölimporte des Landes kommen aus Russland.

Die OPEC sagte in dieser Woche voraus, dass die Ölnachfrage des Landes im Jahr 2022 angesichts des stetigen Wirtschaftswachstums wahrscheinlich um mehr als acht Prozent steigen werde. In ihrem jüngsten monatlichen Ölmarktbericht erklärte die Organisation, dass die steigenden Energiepreise, die durch die jüngsten geopolitischen Spannungen angeheizt wurden, die indische Leistungsbilanz stärker unter Druck setzen könnten.

Ein indischer Regierungsbeamter hatte Reuters zuvor berichtet, Neu-Delhi sei "glücklich", russisches Öl und andere Rohstoffe mit einem starken Preisnachlass zu erwerben und die Transaktionen in den nationalen Währungen Indiens und Russlands durchzuführen, um den US-Dollar und die damit verbundenen Sanktionen zu umgehen.

Ein Beamter des indischen Außenministeriums wurde mit den Worten zitiert, Indien prüfe "alle Möglichkeiten", um seine Energiesicherheit zu gewährleisten. Lokalen Medien zufolge deuten die Äußerungen des hochrangigen Beamten darauf hin, dass die indische Regierung einen pragmatischen Ansatz verfolgt und wahrscheinlich mit der Beschaffung von russischem Rohöl fortfahren werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234918348fbef717a638a24.jpg>

16:54 de.rt.com: **USA drängen China, Russland zu verurteilen**

US-Präsident Biden soll heute mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping sprechen. Im Vorfeld des Telefonats forderten das Weiße Haus und das Außenministerium Peking auf, Moskau zu "verurteilen". Washington warnte China erneut vor einer militärischen Unterstützung für Russland.

Wie das Weiße Haus am Donnerstag mitteilte, will US-Präsident Joe Biden dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in einem angesetzten Telefongespräch seine "tiefe Besorgnis" darüber zum Ausdruck bringen, dass China Russland nicht verurteilt sowie über die möglichen "Auswirkungen und Konsequenzen" dieser Haltung.

Das für diesen Freitag geplante Telefonat sei "eine Gelegenheit für Präsident Biden, die Position von Präsident Xi einzuschätzen", sagte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, gegenüber Reportern und verwies auf das "Fehlen einer klaren Rhetorik und Verurteilung" Russlands durch Peking. "Die Tatsache, dass China nicht verurteilt, was Russland an und für sich tut, spricht Bände", nicht nur in Russland und der Ukraine, sondern in der ganzen Welt, fügte Psaki hinzu.

Die USA sind der Ansicht, dass "insbesondere China die Verantwortung hat, seinen Einfluss auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu nutzen, um für ein Ende des Kriegs und die Einhaltung internationaler Normen und Prinzipien zu werben, die es zu unterstützen vorgibt", erklärte US-Außenminister Antony Blinken am Donnerstag. Stattdessen "weigere sich China, diese Aggression zu verurteilen, während es versuche, sich als neutraler Vermittler darzustellen", fügte Blinken hinzu.

Washington hat Moskau einen unprovokierten, ungerechtfertigten Angriff auf die Ukraine vorgeworfen. Russland seinerseits erklärte, es habe Truppen entsenden müssen, um die Regierung in Kiew zu "entmilitarisieren" und zu "entnazifizieren". Diese habe eine Mitgliedschaft in der transatlantischen Militärallianz NATO und den Erwerb von Atomwaffen angestrebt, gleichzeitig aber einen dauerhaften Frieden im Donbass abgelehnt.

Blinken erklärte gestern zugleich, die USA seien besorgt, dass China "erwäge, Russland direkt mit militärischer Ausrüstung für den Einsatz in der Ukraine zu unterstützen", und zitierte Berichte großer westlicher Medien vom vergangenen Wochenende, die sich auf anonyme US-Vertreter beriefen. Peking hatte jene als "Desinformation" aus den USA zurückgewiesen. Biden werde dem chinesischen Staatschef deutlich machen, dass "China die Verantwortung für alle Maßnahmen tragen wird, die es zur Unterstützung der russischen Aggression ergreift", sagte nun Blinken und fügte hinzu, dass die USA "nicht zögern werden, Kosten aufzubürden". Zu den Behauptungen der USA sagte der chinesische Außenminister Wang Yi Anfang der Woche, Peking sei nicht am Ukraine-Konflikt beteiligt, und "einige Kräfte versuchen

weiterhin, Chinas objektive und gerechte Position in der Ukraine-Frage mit allen möglichen falschen Informationen zu verleumden".

China "lehnt den Einsatz von Sanktionen zur Lösung von Problemen stets ab, ganz zu schweigen von einseitigen Sanktionen, die keine Grundlage im Völkerrecht haben", fügte Wang hinzu und wies darauf hin, dass Peking das Recht habe, seine legitimen Interessen zu verteidigen.

Die USA haben öffentlich an mehrere Länder appelliert, Moskau zu verurteilen, und Blinken forderte alle auf, "gegenüber Russland alle ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel einzusetzen". Am Dienstag hatte Psaki Indien davor gewarnt, Öl aus Russland zu kaufen, und forderte Neu-Delhi auf, "darüber nachzudenken, wo Sie stehen wollen, wenn die Geschichtsbücher zu dieser Zeit geschrieben werden".

Berichten zufolge plant der US-Außenminister noch in diesem Monat eine Reise nach Saudi-Arabien, nachdem Spekulationen aufgetaucht waren, dass Riad sich darauf vorbereite, die chinesische Währung für Ölgeschäfte zu akzeptieren – im Gegensatz zum US-Dollar, wie es seit Jahrzehnten ausschließlich der Fall ist. In den Medien waren auch Berichte zu lesen, dass zudem der Kronprinz Mohammed bin Salman Bidens Telefonanrufe nicht annehmen würde, in denen es um die Erhöhung der Ölproduktion als Ausgleich für das US-Embargo gegen Russland gehen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623469f8b480cc722d4cb718.jpg>

17:00 de.rt.com: Lawrow: **Jegliche Waffenlieferungen an die Ukraine werden ein legitimes Angriffsziel für Russland sein**

Das russische Militär werde alle möglichen Waffenlieferungen, die für die Ukraine bestimmt sind, als rechtmäßige Ziele für seine Angriffe betrachten. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit RT. Lawrow wörtlich:

"Wir haben sehr deutlich gemacht, dass jegliche Güter, die in die Ukraine gelangen und die wir als Waffentransport betrachten, zu einem legitimen Ziel werden. Das ist völlig klar."

Der russische Chefdiplomat betonte auch, dass Moskau keine Lieferungen von Boden-Luft-Raketensystemen vom Typ S-300 aus anderen Ländern an Kiew zulassen werde:

"Aus pragmatischen Gründen glauben sie, dass sie die NATO-Mitglieder, die Raketenabwehrsysteme aus der Sowjet-Produktion besitzen, bitten können, dass sie sie schützen. Ich möchte alle Länder, die diese Idee in Erwägung ziehen könnten, daran erinnern, dass die sowjetischen und russischen Systeme dort im Rahmen zwischenstaatlicher Vereinbarungen und Verträge stationiert sind, die auch ein Nutzerzertifikat enthalten. Und dieses Zertifikat erlaubt es nicht, sie in Drittländer zu schicken."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6234a076b480cc72b706bc5a.jpg>
g

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Objekte der Funkrelaisstrecke „Wolnowacha – Wolodarskoje – Mangusch“ untersucht. Arbeiten zur Montage optischer Kabel an Sendeobjekten in Wolnowacha werden durchgeführt.

Es laufen Arbeiten zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Telefonstation. Der Radio- und Fernsehsender wird repariert.

Die **Post des Donbass** führt in Mirnoje und Nowosjelowka Renten- und Sozialzahlungen durch.

In Wolnowacha wurde das Postbüro untersucht, zusätzliches Personal wird eingestellt.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben 105 Patienten in Mirnoje, Dmitrowka, Granitnoje, Mangusch und Wolnowacha empfangen. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens und die materiell-technische Basis in Wolnowacha wird weiter erfasst, Schäden werden festgestellt. Für die Apotheke von Granitnoje wurde die Lieferung von Medikamenten organisiert.

Aus Mangusch wurden zwei Kinder (3 Jahre und 10 Monate) evakuiert, die aufgrund der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Kämpfer ihre Eltern verloren haben. Die Kinder sind derzeit im republikanischen klinischen Kinderkrankenhaus in Donezk.

Das **Verkehrsministerium der DVR** baut die Eisenbahnbrücke an der Autostraße „Mariupol – Ursuf“ in Jalta wieder auf.

Die Donezker Eisenbahn hat an der Eisenbahnstation „Wolnowacha“ einen Generator angeschlossen, der die Lokomotivenhalle mit Wärme versorgt, ein Wasservorrat wurde angelegt. Die Mitarbeiter der Station haben 270 humanitäre Lebensmittelpakete erhalten. Die Untersuchung des Oberleitungsnetzes an der Strecke zwischen den Eisenbahnstationen Karan und Kaltschik wird weitergeführt.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben 12,9 Hektar auf dem Gebiet der befreiten Ortschaften untersucht, es wurden 4900 Quadratmeter Gebäude untersucht, wo 359 explosive Objekte gefunden wurden.

Die Zivilschutzkräfte leisten der Bevölkerung weiter humanitäre Hilfe.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der

Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
 - die sich vor Ort schlecht orientieren;
 - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
 - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
 - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
 - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
 - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Wladimir Medinski zu den Verhandlungen: "Haben uns beim neutralen Status der Ukraine so weit wie möglich angenähert"**

Wladimir Medinski, Russlands Leiter bei den Friedensgesprächen mit der Ukraine, sagte am Freitag, dass der neutrale Status der Ukraine sowie ihr Nichtbeitritt zur NATO Themen seien, bei denen sich die Positionen Moskaus und Kiews so weit wie möglich angenähert haben. Die beiden Verhandlungsparteien seien bei der Frage der Entmilitarisierung der Ukraine "auf halbem Wege". Es müsse aber noch ausdiskutiert werden, welche Sicherheitsgarantien die Ukraine zusätzlich bekomme, falls sie einen NATO-Beitritt ablehnt.

Das schwierigste Thema bei den Verhandlungen sei die Entnazifizierung. Laut Medinski behaupte Kiew, dass es in der Ukraine keine Nazi-Formationen gibt. Moskau hingegen sei besorgt, dass in vielen Städten der Ukraine Straßen und Plätze nach Verbrechern benannt sind, die gegen die Anti-Hitler-Koalition gekämpft haben.

abends:

18:10 de.rt.com: **Pentagon-Chef: "So etwas wie Flugverbotszone light gibt es nicht"**

Der ukrainische Präsident hatte in seiner Rede im US-Kongress mit Nachdruck die Einrichtung einer Flugverbotszone gefordert. Die USA lehnten dies erneut ab. Stattdessen kündigte Washington weitere Waffenlieferungen und Militärhilfen an. Der Pentagon-Chef rechtfertigt die Entscheidung.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat sich am Donnerstag bei einem Besuch in der Slowakei zu der Frage nach der Einrichtung einer Flugverbotszone über die Ukraine geäußert. Der Pentagon-Chef erklärte, dass jene nicht zur Debatte stehe, da dies eine direkte Konfrontation zwischen US-amerikanischen und russischen Kampfjets und wahrscheinlich einen heißen Krieg mit Moskau bedeuten würde.

Austin ging dabei auf die wiederholten Appelle des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij an die westlichen Länder ein, die Kontrolle über den Luftraum seines Landes übernehmen sollen, um russische Angriffe abzuwehren. Er sagte, dass die Regierung von Joe Biden der Bitte nicht nachkommen werde, da das Risiko einer Eskalation bestünde. Der Pentagon-Chef sagte:

"Die Einrichtung einer Flugverbotszone bedeutet, dass man sich im Kampf befindet, in einem Konflikt mit Russland. Und das ist eines der Dinge, die wir gesagt haben, die unser Präsident gesagt hat, dass wir das nicht tun werden."

Austin führte weiter an:

"Um den Luftraum zu kontrollieren, muss man die Luftabwehr am Boden ausschalten, und einige dieser Luftabwehrsysteme befinden sich in Russland. Und wie gesagt, es gibt keinen einfachen Weg, dies zu tun. Nein, so etwas wie eine Flugverbotszone light gibt es nicht. Eine Flugverbotszone bedeutet, dass man sich in einem Konflikt mit Russland befindet."

Austin führte weiter aus, dass es zwar einige "wirksame" Mittel zur Verteidigung gegen Langstreckenraketen und Artillerie gebe, eine Flugverbotszone aber wenig hilfreich gegen solche Waffen sei, nämlich dann, wenn sie von russischem Territorium aus eingesetzt würden. Bei den Raketen handele es sich laut Pentagon-Chef um Marschflugkörper, die von Plattformen abgefeuert würden. "Ich denke, Sie wissen, dass diese aus Russland abgefeuert wurden, sodass eine Flugverbotszone diese Aktivitäten nicht verhindert hätte", fuhr er fort. US-Präsident Joe Biden steht unter wachsendem Druck, die US-Hilfe für Kiew zu erhöhen. Er hatte bereits Hunderte von Millionen Dollar in Form von Waffen und anderen militärischen Ausrüstungsgegenständen bereitgestellt, bevor Biden diese Woche neue Militärhilfe im Wert von 800 Millionen Dollar ankündigte. Die jüngste Lieferung umfasste 800 Stinger-Flugabwehrsysteme – eine Neuheit im ukrainischen Waffenarsenal – sowie Tausende von panzerbrechenden Javelin-Raketen.

In seiner Rede vor den US-Abgeordneten am Mittwoch hatte Selenskij erneut für eine von der NATO durchgesetzte Flugverbotszone plädiert, räumte jedoch zugleich ein, dass dies für die Regierung unter Biden eine rote Linie darstelle. Der US-Präsident ließ sich von dem jüngsten Appell offenbar nicht überzeugen, denn die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, erklärte gegenüber Reportern kurz nach der Rede des ukrainischen Präsidenten, dass eine Flugverbotszone nach wie vor keine Option sei. Psaki betonte:

"Wir sind nicht daran interessiert, in einen Dritten Weltkrieg zu geraten."

Biden hatte bereits wiederholt davor gewarnt, dass eine solche Maßnahme zu einer direkten Konfrontation zwischen NATO-Kräften und dem russischen Militär führen könnte, was eine Eskalation des Kriegs bedeuten würde. Austin wiederholte nun in der Slowakei, dass Washington keine US-Truppen in der Ukraine kämpfen lassen werde.

Gleichwohl kündigte der US-Verteidigungsminister am Donnerstag in Bratislava an, Washington werde weiterhin "alles in unserer Macht Stehende tun, um die Ukraine in ihren Bemühungen um die Verteidigung ihres Territoriums zu unterstützen". Dies soll unter anderem durch die Stärkung des ukrainischen Militärs durch Lieferung von Waffen und Munition sowie durch die "Auffüllung" der Waffenarsenale ausländischer Bündnispartner, die ihre eigenen Waffen bereitstellen, passieren.

Russland hatte Ende Februar Truppen in die Ukraine entsandt und argumentiert, die Regierung in Kiew habe sich nicht an die Friedensvereinbarungen zur Beendigung der Kämpfe mit zwei abtrünnigen Republiken in der Region Donbass gehalten. Moskau wolle das Land "entmilitarisieren" und "entnazifizieren". Die Ukraine behauptet, es handele sich hierbei um einen unprovokierten Angriff auf ihr Territorium und besteht darauf, dass Kiew nicht vorhatte, die abtrünnigen Gebiete im Osten des Landes mit Gewalt zurückzuerobern. Diese Position wird von den USA sowie einer langen Liste von Verbündeten unterstützt, die zusätzlich zu den laufenden Waffenlieferungen an Kiew mit Verhängung einer Reihe harter Sanktionen gegen Moskau geantwortet hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6234bcf1b480cc37583d48dc.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 18.3.22

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 150 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression starben **vier Zivilisten, fünf wurden verletzt**. 11 Wohnhäuser, neun Infrastrukture Objekte und neun Fahrzeuge wurden beschädigt.

29 Umspannwerke im Petrowskij-Bezirk von Donezk haben keine Stromversorgung, 4000 Einwohner haben keinen Strom. Keine Zentralheizung haben eine Schule, zwei Kindergärten und 38 Mehrparteienwohnhäuser.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Soldaten der Donezker Volksrepublik **mehr als 50 Nationalisten vernichtet**, beim Antibatteriekampf wurden drei Artilleriegeschütze 2S9 „Nona-S“ aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte vernichtet. Außerdem haben unsere Verteidiger zwei Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und ein Transportfahrzeug mit Munition für diese aus dem Bestand der 54. der ukrainischen Streitkräfte erbeutet.

Weil sie ihr Leben nicht für das verbrecherische Kiewer Regime opfern wollen, **haben 25 ukrainische Soldaten freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Volksmiliz der DVR übergegangen.

Ein weiteres Mal wende ich mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und erkläre offiziell, dass allen ukrainischen Soldaten und Offizieren, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine menschliche Behandlung, medizinische Behandlung, Nahrung sowie die Rückkehr zu ihren Familien garantiert sind.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 251 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf die Seite der DVR übergegangen, 36 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte medizinische Behandlung.

Wir empfehlen, ihrem Beispiel zu folgen und sein Leben zu erhalten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 116 Tote und 148 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 127 Tote und 143 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 138 Tote und 167 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 203 Tote und 232 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 276 Tote und 327 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 278 Tote und 312 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern **starben in den letzten 24 Stunden fünf Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **22 Kampfgenossen wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

Am 13. März vernichtete eine Einheit unter dem Kommando von Hauptmann Hans Karlowitsch Diner, die in Wohngebieten von Mariupol aktiv war, zwei Feuerstellungen der Nationalisten. Nach der Vernichtung eines weiteren Stützpunkts von Asowern, entdeckte Hauptmann Diner im Keller eines befreiten Hauses 37 Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder, die von Nationalisten festgehalten wurden.

Nach Einschätzung der Lage entschied Hans Karlowitsch sie zu evakuieren. Mit einer Gruppe von drei Soldaten, die er leitete, begann Hauptmann Diner mit der Evakuierung der Zivilisten, währenddessen geriet er in einen Hinterhalt. Hans Karlowitsch zeigte Entschlossenheit und Mut und zog das Feuer des Gegners auf sich und gewährleistete die Umgehung und Vernichtung der befestigten Position der Nationalisten und rettete so Leben und Gesundheit der Zivilisten und des Personals. Bei dem Kampf vernichtete Hans Karlowitsch Diner persönlich 12 ukrainische Nationalisten. Er starb an seinen Verletzungen.

Ich will mich an die Einwohner, die sich auf den zeitweilig von ukrainischen Nationalisten besetzten Territorien befinden, wenden und mich für den enormen Informationsfluss bedanken, der über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ eingeht. Ich erkläre offiziell, dass alle Meldungen bearbeitet werden und die notwendige Hilfe geleistet wird. Gemeinsam werden wir unser Land vom faschistischen Dreck säubern.

18:50 de.rt.com: **Weiteres Telefonat zwischen Macron und Putin**

Auf Initiative der französischen Seite führte der russische Präsident Wladimir Putin ein weiteres Telefonat mit dem französischen Staatschef Emmanuel Macron. Dies teilte der Kreml am Freitagabend mit.

In dem Gespräch habe Putin auf die zahlreichen Kriegsverbrechen hingewiesen, die von ukrainischen Sicherheitskräften und Nationalisten begangen würden, hieß es auf der Webseite des Kremls. Zudem sei der französische Präsident informiert worden, dass das russische Militär alles unternahme, um das Leben von Zivilisten zu retten. Unter anderem organisiere es humanitäre Korridore zur Evakuierung von Einheimischen.

Laut dem Economist ist dies bereits das 15. Gespräch zwischen Macron und Putin seit Jahresbeginn (einschließlich der persönlichen Treffen beider Politiker).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6234c05148fbef46d47fbfb0.jpg>

18:59 de.rt.com: **Medwedew über Sperrung von Facebook und Instagram: Sie regieren ihr Imperium außerhalb von Gesetzen**

In seinem ersten Telegram-Post hat der Ex-Präsident Russlands Dmitri Medwedew seine Meinung zur Sperrung der westlichen sozialen Netzwerke in Russland geäußert. Der Politiker wirft Meta vor, in einer "eigenen Realität" zu leben und nur den "eigenen subjektiven Regeln" zu folgen.

Nach der Sperrung der internationalen sozialen Netzwerke Instagram und Facebook in Russland haben viele Nutzer zum Messengerdienst Telegram gewechselt. Am 14. März erstellte einen eigenen Telegram-Kanal auch der ehemalige russische Präsident und derzeitige stellvertretende Chef des Sicherheitsrates Russlands Dmitri Medwedew. In seinem ersten Beitrag auf Telegram erklärte der Politiker die Hintergründe hinter der Entscheidung der russischen Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor, die westlichen sozialen Netzwerke zu sperren.

Der Ex-Präsident bezichtigte den Westen eines "scharfmacherischen Russenhasses" und nannte als Beispiele dafür die Erweiterung der NATO bis auf russische Grenzen, den "an allen Fronten entfesselten Wirtschafts- und Informationskrieg", "endlose Drohungen und Einschüchterungen" und die "erbitterte Verfolgung" der russischen Bürger im Ausland. Den "USA und ihren Satelliten" habe es nicht gefallen, dass Russland wieder ein starker Staat geworden sei, das seine eigenen Interessen verteidigen und seine Bürger in den anderen Ländern schützen könne, so Medwedew.

Der Führung von Meta, dem Mutterunternehmen von Facebook und Instagram, warf der Politiker vor, in einer "eigenen Realität" zu leben und nur "eigenen subjektiven Regeln" zu folgen:

"Sie haben ein Imperium aufgebaut und Milliarden von Menschen darin angelockt. Und sie regieren es außerhalb der Gesetze und anderer staatlicher Vorschriften auf der Grundlage von Nutzungsvereinbarungen. Wenn sie wollen, sperren sie den Zugang dazu für jede beliebige Person, Gemeinschaft, jedes Land und allem, was dort ist – auch ihrem eigenen Präsidenten im Interesse der öffentlichen Meinung und seiner politischen Gegner."

Medwedew verwies auf den Beschluss der Facebook-Führung, die Aufrufe zur Tötung von russischen Soldaten in der Ukraine und russischer Regierungsmitglieder ausnahmsweise zu erlauben. YouTube, einem Teil des Konzerns Google, warf der Politiker die Löschung von Kanälen der russischen staatlichen Kultureinrichtungen und -sender vor, die sowjetische und russische Filme für einen öffentlichen Zugang veröffentlicht hatten. In diesem Zusammenhang kommentierte Medwedew schließlich:

"Westliche Medien haben mit ihren dummen Entscheidungen nur ihre Nutzerschaft in unserem Land erheblich reduziert. Und jetzt, um zurückzukehren, müssen sie ihre Unabhängigkeit und ihre gute Haltung gegenüber Russland und seinen Bürgern in der Praxis beweisen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623491feb480cc73140df6ad.jpg>

20:00 de.rt.com: **Ukrainisches Gericht erlaubt die Verhaftung von Wiktor Medwedtschuk**

Das ukrainische Bezirksgericht in Lwow hat am Freitag die Verhaftung des ukrainischen Politikers Wiktor Medwedtschuk, der in Sibirien geboren wurde und als enger Freund Wladimir Putins gilt, erlaubt.

Seit Mai vergangenen Jahres stand der Vorsitzende der pro-russischen Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" wegen Hochverrats unter Hausarrest. Ende Februar soll er laut dem ukrainischen Innenministerium aus dem Hausarrest geflohen sein. Kroatischen Medienberichten zufolge wurde am Mittwoch auch seine riesige Jacht "The Royal Romance" in der Bucht von Rijeka beschlagnahmt.

20:15 de.rt.com: **US-Regierung will 99 russische Flugzeuge "effektiv stilllegen"**

Mit der Androhung neuer Sanktionen will die US-Regierung Dutzende russische Flugzeuge "effektiv stilllegen". Zu den betroffenen 99 Maschinen gehören demnach etwa ein Fünftel aller Flugzeuge der staatlichen russischen Airline Aeroflot sowie mehrere Frachtflugzeuge und ein Privatjet des Oligarchen Roman Abramowitsch.

Das US-Handelsministerium in Washington erklärte am Freitag, jegliche Dienstleistung zur Ermöglichung von Flügen – sei es zum Beispiel die Wartung oder das Betanken der Maschinen – stelle einen Verstoß gegen US-Regularien dar und könne mit Sanktionen geahndet werden. In diesem Fall drohten "erhebliche Gefängnisstrafen, Bußgelder, der Verlust von Exporterlaubnissen oder andere Auflagen", erklärte das Ministerium. Dies gelte auch für Dienstleistungen in Russland selbst.

Die Liste der Flugzeuge inklusive der Kennnummern der Maschinen werde veröffentlicht, um russischen und weißrussischen Firmen und Oligarchen nicht zu erlauben, trotz des geltenden US-Rechts "straffrei zu reisen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6234d5e4b480cc4f1d7281a6.jpg>

20:26 de.rt.com: **Russischer General: Haben Beweise für "Biowaffenkomponenten" in US-finanzierten ukrainischen Labors**

Vom Pentagon unterstützte Einrichtungen sollen in der Ukraine "Biowaffenkomponenten" hergestellt und versucht haben, dies unter den Teppich zu kehren. Das erklärte das russische Militär. Es habe offizielle Dokumente gefunden, die diesen schrecklichen Verdacht stützten. Vom US-Militär finanzierte Labors sollen in der Ukraine biologische Waffenkomponenten hergestellt haben. Die Mitarbeiter vor Ort wurden dabei über ihre Forschungen im Unklaren gelassen. Das erklärte ein hoher russischer General am Donnerstag. Generalleutnant Igor Kirillow, Befehlshaber der russischen Nuklear-, Biologie- und Chemieschutztruppen, legte Dokumente und Bildmaterial vor, aus denen hervorgehe, warum das russische Militär von biologischen Waffenkomponenten ausgeht. Kirillow sagte:

"Wir glauben, dass Komponenten biologischer Waffen auf dem Territorium der Ukraine hergestellt wurden."

Kirillow wies darauf hin, dass die von ihm vorgelegten Dokumente "die Unterschriften echter Beamter tragen und mit den Siegeln von Organisationen beglaubigt sind". Ein Dokument, datiert auf den 6. März 2015, bestätige die "direkte Beteiligung des Pentagon an der Finanzierung militärischer biologischer Projekte in der Ukraine", so der General. Die USA finanzierten die Projekte offiziell über das ukrainische Gesundheitsministerium.

Die präsentierten Dokumente würden jedoch beweisen, dass die tatsächlichen Empfänger von rund 32 Millionen US-Dollar an Geldern die Labors des ukrainischen Verteidigungsministeriums in Kiew, Odessa, Lwow und Charkow waren.

Diese Einrichtungen sollen von der Threat Reduction Administration (DTRA) des US-Verteidigungsministeriums und dem Auftragnehmer Black and Veatch für die Durchführung des U-P-8-Projekts ausgewählt worden sein, das auf die Untersuchung der Erreger des hämorrhagischen Krim-Kongo-Fiebers, der Leptospirose und der Hantaviren abziele, so Kirillow mit Verweis auf eine Folie mit der Anfrage des Pentagons. Der General weiter: "Aus unserer Sicht ist das Interesse der US-Militärbiologen darauf zurückzuführen, dass diese Erreger sowohl in der Ukraine als auch in Russland natürliche Herde haben und ihr Einsatz als natürliche Krankheitsausbrüche getarnt werden kann."

Demnach würden in den Labors drei bakterielle Krankheitserreger (Erreger von Pest, Brucellose und Leptospirose) und sechs Virusfamilien, darunter Coronaviren, isoliert, die alle arzneimittelresistent seien und sich schnell von Tieren auf Menschen übertragen könnten.

Eine Reihe von Dokumenten bestätige die in der Ukraine entnommenen Proben für andere Länder - Georgien, Deutschland und das Vereinigte Königreich.

Friedrich-Loeffler-Institut mit dabei?

Kirillow zeigte Dokumente, die von offiziellen Stellen stammen sollen, und die die Weitergabe von 5.000 Blutserumproben ukrainischer Bürger an das vom Pentagon unterstützte Richard-Lugar-Zentrum in Tiflis (Georgien) bestätigen sollen. Weitere 773 biologische Tests seien an Großbritannien weitergegeben worden. Zudem soll eine Vereinbarung über die Weitergabe "unbegrenzter Mengen" infektiösen Materials an das Friedrich-Loeffler-Institut, Deutschlands führendes Zentrum für Tierkrankheiten, unterzeichnet worden sein.

Die Analyse des sichergestellten Beweismaterials deute jedoch darauf hin, dass sich die ukrainischen Spezialisten der potenziellen Risiken der Weitergabe dieser Materialien nicht bewusst gewesen seien und möglicherweise über das wahre Ziel der laufenden Forschung im Unklaren gelassen wurden, so Kirillow weiter.

Aus den Dokumenten des Projekts P-781, einer Studie über die Übertragung von Krankheiten auf den Menschen durch Fledermäuse, gehe hervor, dass das Projekt vom Labor in Charkow und dem Lugar-Zentrum in Georgien durchgeführt worden sei, die Ukraine jedoch den größten Teil der 1,6 Mio. US-Dollar für das Projekt erhalten habe. Kirillow sagte, dass seit 2009 unter der Aufsicht von US-Spezialisten "systematische" Forschungen in diesem Bereich durchgeführt worden seien - mit Verweis auf die Projekte P-382, P-444 und P-568.

Als eine der wichtigsten beteiligten Personen nannte Kirillow die Leiterin des DTRA-Büros an der US-Botschaft in Kiew, Joanna Wintrol. Kirillow erklärte:

"Vielleicht ist sie es wert, von Journalisten befragt zu werden?"

Wintrol verließ Kiew im August 2020. In ihrem Abschiedsinterview betonte sie, dass keine US-Wissenschaftler in ukrainischen Biolabors arbeiteten, und beschuldigte Russland, "falsche Informationen" über das Programm zu verbreiten.

Kirillow erinnerte auf die Massenausbrüche der Vogelgrippe in Russland und der EU im Jahr 2021, die Schäden in Milliardenhöhe verursachten. Zur selben Zeit soll das Charkower Institut für Veterinärmedizin Wildvögel als Übertragungsvektoren untersucht und die Bedingungen bewertet haben, unter denen die Ausbreitung wirtschaftlichen Schaden und Ernährungsunsicherheit verursachen könnte. Es gebe nun Beweise dafür, so Kirillow, dass das Institut Stämme der Vogelgrippe gesammelt habe, die in der Lage seien, die Arten zu wechseln. Kirillow forderte eine internationale Untersuchung der Angelegenheit.

"Dringlichkeit zu Vernichtung der Belege"

Einige der Dokumente im Labor in Cherson scheinen zu fehlen und könnten vernichtet worden sein, so der General weiter, was auf einen Zusammenhang mit dem Ausbruch einer durch Mücken übertragenen parasitären Krankheit in dieser Region im Jahr 2018 und auf eine mögliche Vertuschung hindeuten könnte.

Im Februar dieses Jahres wurden vier Fälle von Dirofilariose festgestellt, was nicht typisch für den Lebenszyklus von Moskitos ist, so Kirillow. Vertreter des Pentagons hätten im April örtliche Krankenhäuser besucht und medizinische Unterlagen gesammelt. Und sie hätten sich über die epidemiologische Untersuchung informieren lassen. Im Labor in Cherson seien jedoch "keine Belege für diesen Ausbruch gefunden" worden, was das russische Militär zu der Annahme veranlasse, dass "die Dringlichkeit der Vernichtung solcher Belege durch den Wunsch erklärt wird, den Zugang russischer Spezialisten zu ihnen zu verhindern".

Im Jahr 2018 gab es auch einen Ausbruch von arzneimittelresistenter Tuberkulose unter den Bürgern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, wobei allein im Dorf Peski - an der Frontlinie zu den ukrainischen Truppen - 70 Fälle festgestellt wurden. Dazu sagte Kirillow: "Dies könnte auf eine absichtliche Infektion oder ein versehentliches Austreten des Erregers aus einem der biologischen Labors auf ukrainischem Territorium hindeuten."

Der russische General verwies auf die lange Geschichte der USA, verbotene biologische

Forschung in anderen Ländern durchzuführen und erwähnte als Beispiel, dass sich Washington 2010 für Syphilis-Experimente in Guatemala entschuldigte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62347ac9b480cc72de0f0c05.jpg>

20:45 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Vorschlag abgelehnt, humanitäre Korridore für Nationalisten in Mariupol zu öffnen**

Russland hat Kiew informiert, dass man bereit sei, humanitäre Korridore zu öffnen und alle Nationalisten aus Mariupol freizulassen, um die Bevölkerung zu retten, hieß es aus dem russischen Verteidigungsministerium am Freitagabend. Moskau habe garantiert, Nationalisten am Leben zu lassen, die ihre Waffen niederlegen. Die Ukraine habe diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Außerdem warnte Russland die Vereinten Nationen, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das Rote Kreuz davor, mögliche Verbrechen an Zivilisten in Mariupol Russland zuzuschreiben.